

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeitspalt. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Drey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Die Kartellfrage auf dem Salzburger Juristentag.

Eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Probleme unserer Zeit, die staatliche Kontrolle der monopolistischen Wirtschaftsorganisationen, beschäftigte den Juristentag in Salzburg. Die gestellte Aufgabe ist eine wirtschaftspolitische, so daß ihre Lösung in erster Linie von der Stellung zur staatlichen Wirtschaftspolitik überhaupt abhängt. Indessen fällt auch den Juristen bei einer staatlichen Regelung eine wichtige Rolle zu, weil sie berufen sind, den ständig im Fluß befindlichen und sich stets wandelnden Erscheinungen des Wirtschaftslebens eine rechtliche Gestalt zu geben, die der gegenwärtigen und der in naher Zukunft zu erwartenden Lage angepaßt ist. Vorerst sei festgestellt, daß die staatliche Kontrolle der monopolistischen Organisationen grundsätzlich nicht mehr abgelehnt wird. Sie im Namen der wirtschaftlichen Freiheit abzulehnen, wäre angesichts der Aufhebung der Wirtschaftsfreiheit durch die monopolistischen Organisationen selbst derart unsinnig, daß heute ernsthaft eine grundsätzliche Ablehnung nicht mehr vertreten werden kann. Die Gefahren der monopolistischen Preisbildung für die Volkswirtschaft sind heute derart scharf in das allgemeine Blickfeld gerückt, daß das freie Schalten und Walten der Monopolorganisationen nicht länger verteidigt werden kann. Andererseits denkt niemand mehr an eine Rückbildung bzw. Verschlagung der monopolistischen Organisationen. Hinter den verschiedenen Ansichten verbergen sich freilich die verschiedenen Interessen jener, die selbst an der Monopolwirtschaft beteiligt, die Kontrolle des Staats möglichst eng begrenzen möchten (damit sie womöglich gar nicht oder nur mit untauglichen Mitteln kontrolliert werden), während die Vertreter allgemeiner volkswirtschaftlicher Interessen den Kreis der Kontrolle so weit und deren Mittel so wirksam als möglich bestimmen möchten. Die Fragen, an denen sich die Geister scheiden, sind:

1. Welche wirtschaftlichen Organisationen sollen unter staatliche Kontrolle gestellt werden? a) Sollen die Kontrolle, oder aber auch die riesigen Einzelunternehmungen (Trusts), die auch außerhalb des Kartells eine gewaltige Wirtschaftsmacht darstellen? b) Sollen sämtliche Kartelle (bzw. Trusts) kontrolliert werden, oder aber nur solche, die den Markt monopolistisch beherrschen? c) Im letzteren Fall: ist es möglich, die monopolistischen Kartelle von den nicht monopolistischen abzugrenzen? d) Wenn alle Kartelle kontrolliert werden, ist es möglich, diejenigen, die bereits jetzt eine monopolistische Marktherrschaft ausüben, unter eine schärfere Kontrolle zu stellen als die anderen?

2. Welche Handlungen der monopolistischen Organisationen sollen unter Kontrolle gestellt werden: a) Handlungen, die die einzelnen Kartellmitglieder selbst oder die Abnehmer der Kartellprodukte durch ungebührliche Schärfe belasten, bzw. sich gegen die Außenwelt richten (Sperrungen, Erklärungsverträge), b) die gegen das allgemeine Interesse verstoßen? Gehört in die letztere Gruppe allein die Preispolitik der monopolistischen Organisationen oder auch deren Produktions- und Finanzpolitik? (Produktionseinschränkung, Ausdehnung der Anlagen infolge Quotenkampf, Quotenkauf, Überkapitalisierung usw.)

3. Wer soll die Kontrolle ausüben? In diese Gruppe gehören verschiedene Probleme: Wenn die Handlungen der monopolistischen Organisationen gegenüber ihren Abnehmern bzw. den Außenseitern als privatrechtliche, gegenüber dem Allgemeinwohl aber als volkswirtschaftliche Angelegenheiten angesehen werden, so ist die Kontrolle der ersten eine rechtliche, vor die Gerichte gehörende Aufgabe, die der anderen aber eine verwaltungstechnische. a) Sollen die in die erste Gruppe gehörenden Streitigkeiten beim Kartellgericht belassen oder aber den ordentlichen Gerichten übertragen werden? b) In bezug auf die zweite, weitaus wichtigere Aufgabe: soll die volkswirtschaftliche Kontrolle allein vom Reichswirtschaftsminister ausgeübt werden, oder aber durch ein neu zu errichtendes Kontrollamt? In letzterem Fall: soll das Kontrollamt ein unabhängiges Organ oder aber dem Reichswirtschaftsminister untergeordnet sein? Soll das Kartellgericht für die Entscheidung auch von Fragen, die eine volkswirtschaftliche Bedeutung haben, in Anspruch genommen werden und wenn ja, soll es dann in ein Verwaltungsgericht umgewandelt werden?

Gegenüber diesen wichtigen und entscheidenden Gesichtspunkten ist die Resolution, die im Kartellausschuß des Juristentages unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen wurde, höchst dürftig und mager, bedeutet sogar gegenüber dem heutigen Rechtszustand eine wesentliche Verschlechterung im Sinne einer öffentlichen Kartellkontrolle. Die Resolution macht eine scharfe Scheidung zwischen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Kartellfragen, will deshalb die Einhebung insbesondere der §§ 9, 10 und 12 der gegenwärtigen Kartellverordnung, indem für die in diesen Paragraphen geregelten Tatbestände die Grundsätze des bürgerlichen Rechts maßgebend sein sollen. Die bereits von berufener Seite vor Beginn des Juristentages ausgesprochene Warnung, daß bei der Behandlung von im wesentlichen wirtschaftspolitischen

Fragen ausschließlich durch Juristen Irrtümer und schwere Gefahren für die Allgemeinheit die notwendige Folge sein müßten, scheint sich zu bewahrheiten, denn der nur abstrakt und formalrechtlich denkende Jurist wird übersehen, daß im Monopolverband die Beziehungen zwischen den Beteiligten grundsätzlich ihren Charakter ändern, aus der rein privaten Sphäre herüberwechseln und öffentliche Angelegenheiten werden. Im übrigen bleibt in der Resolution des Juristentages die Kartellaufsicht im öffentlichen Interesse beim Reichswirtschaftsminister, dem ein beratender Sachverständigenausschuß beigegeben werden soll. Gegen Anordnungen des Reichswirtschaftsministers, der wie bisher Kartelle auflösen, Verträge für nichtig erklären und positive Anordnungen und Verbote zur Beeinflussung der Preise treffen kann, ist Beschwerde beim Reichsoberverwaltungsgericht möglich, das nach Anhörung des Sachverständigenausschusses über die Zulässigkeit des Verwaltungsaktes entscheidet. Daneben weist jedoch die Resolution bedenkliche Lücken auf, indem weder ein Kartellamt in Aussicht genommen, noch ein Kartellregister gefordert wird. Soll die Arbeit des Juristentages für die kommende und unaufschiebbare Regelung der öffentlichen Kontrolle der Monopolorganisationen überhaupt von Bedeutung sein, so wird noch viel ausbauende und gestaltende Arbeit von sachverständiger wirtschaftspolitischer Seite getan werden müssen.

Professor Bonn über Kartelle.

Ein Kapitalismus, der nicht von den Mitkapitalisten gesteuert wird und dessen Ergebnis hohe Preise sind, kann sich nur halten, wenn hohe Preise bei voller Beschäftigung von Löhnen begleitet sind. Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich... Sacht man Löhne... herabzudrücken, um die verlorene Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen, ohne Preise abzubauen oder ohne unrentable Kapitale auszuwischen, so gefährdet man den Kapitalismus.

Die Internationalisierung des „rücksichtlosen Kartellgedankens“ internationalisiert nur die wirtschaftlichen Wirkungen des Kartells und macht den internationalen Kapitalismus zum Bedrücker des täglichen Lebens. Ein solcher Kapitalismus ist auf die Dauer nicht lebensfähig. Er ist die Rationalisierung des Stillstands; die Standardisierung der Erfolglosigkeit.

Wenn die Auflösung des Monopolismus unmöglich wird, weil das Leben aus technischen Gründen Monopole zu brauchen scheint, dann müssen sie im Interesse der Gesamtheit beherrscht werden, damit sie nicht die Gesamtheit vergewaltigen.

Die Jahresberichte unserer Zahlstellen.

Die Form der Berichterstattung unserer Zahlstellen läßt in der Vergangenheit mehrere Abschnitte erkennen. Der erste Abschnitt umfaßt die Zeit von 1890, dem Gründungsjahr unseres Verbandes, bis zum Jahre 1904. In dieser Zeit kommt in der Hauptsache für die Berichterstattung unser Verbandsorgan „Der Proletarier“ in Frage. Nach dem Jahre 1904 werden von mehreren großen Zahlstellen die ersten gedruckten Jahresberichte herausgegeben. Allen vorangegangen in der Veröffentlichung von Jahresberichten der Zahlstellen ist der Kollege Heinrich Martens aus der Zahlstelle Harburg. Von ihm wurde im Jahre 1900 in einer Broschüre mit dem Titel: „Zehn Jahre gewerkschaftlicher Entwicklung“, eine kurze Geschichte der Zahlstelle Harburg gegeben. Dieses feltene Dokument mußte jeder Zahlstellenleiter gelesen haben. Von den Zahlstellen, die dem Harburger Beispiel folgten, nennen wir Braunschweig, Hamburg, Dresden, Frankfurt a. M. und Leipzig. Heute wollen wir aus dem im Jahre 1927 erschienenen 25 Zahlstellenberichten einige einer kurzen Besprechung unterziehen.

Aus dem Jahrbuch unseres Verbandes für das Jahr 1927 ist zu ersehen, daß in 169 Zahlstellen Verbandsangestellte vorhanden waren. Es wurde also nur von 14 Prozent dieser Zahlstellen ein Jahresbericht veröffentlicht. Nicht von allen Zahlstellen, von denen ältere Berichte vorliegen, ist für 1927 ein gedruckter Bericht herausgegeben. Gedruckte Berichte liegen diesmal vor von Altenburg i. Th., Aschaffenburg, Berlin, Blankenberg a. d. Saale, Darmstadt, Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, Rastatt und Sonneberg i. Th. Auf dem Wege des Vertriebsmittlungsverfahrens fertigten nachstehende Zahlstellen ihren Jahresbericht an: Braunschweig, Breslau, Elbing, Jena, Karlsruhe, Königsberg i. Pr., Kitzingen, Mainz, Rudolstadt, Tilsit, Waldburg i. Schl., Weiden, Weiswasser und Worms. Hoffentlich finden diese Zahlstellen im nächsten Jahr bei allen großen Zahlstellen Nachahmung. Die vorliegenden Berichte geben, wenn auch nicht ein erschöpfendes, aber immerhin ein annähernd richtiges Bild von der in diesen Zahlstellen geleisteten Arbeit. Aus nachfolgenden Gründen können wir nicht alle vorliegenden Berichte in unsere Besprechung einbeziehen. An erster Stelle nennen wir die Zahlstelle Hamburg. Aus der Tatsache, daß im Verlauf des Jahres 1927 in Hamburg

3789 Mitglieder neu aufgenommen sind, kann man mit Recht den Schluß ziehen, daß die Hamburger Funktionäre einen ungeheuren Arbeitseifer bewiesen haben. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß der Versammlungsbesuch bedeutend besser geworden ist. Wir stimmen zu, wenn im Bericht gesagt wird, daß die Ermittlung von Unfällen und Berufskrankheiten eine sehr wichtige Aufgabe im Verband darstellt. Leider wird diese Arbeit nicht genügend von den Arbeitern gewürdigt, sonst hätte die Jagd auf Unfälle und Berufskrankheiten eine sehr wichtige Aufgabe im Verband darstellt. Sehr erfreulich ist die Feststellung, daß der Einfluß des Verbandes bei den Betriebsräten gestiegen ist, die sich besonders gegen das Überstundenmaßnahmen gewandt haben.

Die Auswirkung der neuen Arbeitsgerichtsbarkeit äußert sich in der Wahrnehmung von 62 Terminen durch die Ortsverwaltung. Das Kapitel „Tarif- und Lohnbewegungen“ nimmt naturgemäß den größten Teil des Jahresberichts in Anspruch. Einen besseren Beweis für die Notwendigkeit der Gewerkschaft kann es wohl nicht geben, als die Tatsache, daß die Zahlstelle 31 Angriffsbewegungen mit 19 000 Beschäftigten geführt hat. 8929 Verbandskollegen erreichten eine durchschnittliche Erhöhung ihres Stundenlohnes um 5 1/2 Pfennig und 2865 Kollegen bekamen eine durchschnittliche Zulage von 4,9 Pfennig pro Stunde. 7269 Mitglieder erhielten bei 124 Firmen für die neunte Arbeitsstunde einen Zuschlag von 5 bis 25 Prozent. Mit Recht kann gesagt werden, daß die Verwaltung unserer Hamburger Zahlstelle das menschenmöglichste für die Verbandsmitglieder erreicht hat. Eine gute Übersicht über das Arbeitsgebiet der Zahlstelle gibt eine Betriebsstatistik, die wir in den Jahresberichten aller Zahlstellen gern zu sehen würden.

Berlin hat einen Bericht im Umfang von 79 Seiten herausgegeben. 1914 ist jetzt ein Bericht vorgelegt worden. Die Zahlstellenleitung will für die Zeit von 1914 bis 1928 einen besonderen Bericht geben. Für unsere künftige Verbandsgeschichte wird dieser Bericht notwendig sein; denn auch Berlin hat stark im Brennpunkt der Ereignisse gestanden.

Die „Tarif- und Lohnbewegungen“ nehmen allein 65 Seiten ein. Obwohl wir für größte Ausführlichkeit in dieser Frage sind, so scheint es doch, daß die anderen Fragen etwas zu kurz gekommen sind. Das soll kein Vorwurf sein. Wir sagen das deshalb, weil Berlin der Zentripunkt vieler Interessen ist und auch für die Gewerkschaften eine äußerst wichtige Rolle spielt. Aber die Betriebsrätebewegung wird eine für Berlin sehr bedeutsame Mitteilung gemacht. Von 581 für unseren Verband zuständigen Betrieben waren über die Hälfte ohne Betriebsräteorganisation oder sie waren der Zahlstellenleitung nicht gemeldet. Wir glauben, daß sich darin die politischen Berliner Verhältnisse auswirken. In 332 Betrieben mit 21 128 Beschäftigten wurden Lohnverhandlungen von pro Woche 53-614 Mark erreicht. 3948 Mitglieder sind aufgenommen. Die Geben- und Tafel für verstorbenen Mitglieder am Schluß des Berichtes halten wir aus verschiedenen Gründen sehr praktisch und gut.

Aschaffenburg liefert einen sehr guten Bericht, der in mancher Beziehung von den anderen Berichten abweicht. Wenn über die Betriebsräte gesagt wird, der größte Teil habe die wirkliche Bedeutung des Betriebsrätewesens noch nicht erfasst, so ist das ein hartes Urteil, aber die Erfahrungen auch in anderen Zahlstellen sprechen für die Richtigkeit dieser Behauptung. In Aschaffenburg ist es zwischen den Betriebsräten, die ihre Aufgaben begriffen haben, und den Unternehmern zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Es gibt aber auch in Aschaffenburg Betriebe, in denen die Arbeiter nicht den Mut zur Wahl von Betriebsräten aufbringen.

Eine sehr eindrucksvolle Tabelle über die Erfolge der Hausagitation steht auf Seite 27 des Berichtes. Hiermit wurden 539 Personen aufgenommen und davon 138 Mitglieder für den Verband gewonnen — 25,6 Prozent. Einen besseren Beweis für die Nützlichkeit der Hausagitation kann es wohl nicht geben. Der Erfolg ist um so höher zu werten, wenn, wie eine Statistik in dem Bericht feststellt, die Verbandsmitglieder in zwanzig Ortschaften verteilt sind. Eine Betriebsstatistik rundet das Bild ab, so daß der Bericht eine gute Übersicht über das Verbandsleben in der Zahlstelle gibt. Sehr anerkennenswert ist die durch die Verwaltung geleistete Bildungsarbeit. Sechs Bildungsarbeit wurden eingerichtet, in denen über Gewerkschaftsgeschichte, Sozialgesetzgebung, Arbeitsgerichte, Betriebsräte, Arbeitsvertrag und Volkswirtschaft vortragen wurde. Auch ein Lichtbildapparat wurde in den Dienst der Aufklärung gestellt.

Eine sehr gute Zusammenfassung über die Art der Erkrankungen der Zahlstellenmitglieder ist auf Seite 41 des Berichtes zu finden. Leider ist über 112 Unfälle nichts Näheres gesagt. Der Bericht über die Lohnbewegungen konnte noch etwas ausgefallter werden. Der Bericht wäre noch wertvoller, wenn die Gesamtzahl der beteiligten Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter darin enthalten wären.

Hannover. Wie groß die Hemmnisse bei der gewerkschaftlichen Arbeit sind, wird in dem Jahresbericht auf verschiedenen Stellen nachgewiesen, wo u. a. gesagt wird:

Die erhoffte Besserung der Lebenshaltung durch Preislenkung ist nicht eingetreten. Die Rationalisierung ist auf Kosten der Arbeiter und Verbraucher durchgeführt. Fürsibar ist die Tatsache, daß infolge der Intensivierung der Arbeitsmethoden Tausende von älteren oder infolge gesundheitlicher Defekte nicht mehr leistungsfähigen Arbeitern wenig Aussicht haben, in ein dauerndes Arbeitsverhältnis zu kommen. Diese Opfer fallen zu Last der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last.

Aber die Lohnbewegungen sind sehr ausführlich berichtet. Welch ungeheuren Nutzen die Unternehmer von den Unorganisierten haben, sagt der Bericht mit aller Klarheit auf Seite 18:

Wir haben Beweise dafür, daß Arbeiterinnen und auch Arbeiter jahrelang dem Arbeitgeber 3 bis 5 Mk. wöchentlich von ihrem Lohn geschenkt haben. Dafür haben sie freilich den Verbandsbeitrag gespart.

Hort wurde in der Zementindustrie um die Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft. Ohne die intensive Tätigkeit der Zahlstellenleitung konnten die Zementarbeiter heute noch auf den Achtstundentag warten.

Die Gegenüberstellung der Löhne von 1924 und 1927 ist sehr wirkungsvoll. Auf einigen Seiten wird die Tätigkeit der Verwaltung vor dem Arbeitsgericht behandelt. Von 14 Prozessen wurden 11 für unsere Mitglieder gewonnen. Die Mehrzahl der Prozesse kamme aus der Ziegelindustrie. Für das nächste Jahr möchten wir den Wunsch aussprechen, daß die Zahlstelle Hannover auf das Format und die Ausstattung des Berichtes etwas mehr Gewicht legt. Der Jahresbericht der Zahlstelle Mannheim enthält in der Einleitung erfreulicherweise eine geschichtliche Abhandlung für die Zeit von 1897 bis 1927. Etwas Ähnliches liegt bis jetzt nur noch in der erwähnten Broschüre der Zahlstelle Harburg und von der

Zahlstelle Leipzig vor. Daß von solchem Material aus den ersten Jahren unseres Verbandes so wenig vorhanden ist, ist ein Mangel, der unbedingt beseitigt werden muß. Der Verfasser des Berichtes von Mannheim hat damit eine Arbeit geleistet, die hoch anzuerkennen ist. Die Zahlstelle hat, das geht aus der geschichtlichen Betrachtung hervor, schwer um ihre Existenz kämpfen müssen. In die Abzweigung unserer Kollegen wurden früher sehr hohe Anforderungen gestellt. Von den ersten Vorkämpfern ist heute keiner mehr vorhanden. Erschütternd ist die lebendige Schilderung über einen Streik bei den deutschen Steinzeugwerken in Friedriehsfeld, im Jahre 1912. Sechs Arbeiter wurden wegen angeblicher Mißhandlung eines Streikbrechers zu 21 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Revisionsgericht ermäßigte die Strafe auf 12 Jahre, aber ein Schrei der Empörung ging damals durch Mannheim. Erwähnenswert ist auch, daß noch im Jahre 1909 der Direktor der deutschen Steinzeugwerke bei einer Verhandlung sagte: „Meine Herren, ich habe keine Zeit für Sie, vielleicht in zwanzig Jahren.“ Nun hat es keine zwanzig Jahre gebauert und die Unternehmer waren zur Verhandlung bereit.

Das Ergebnis der Lohnbewegungen war eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne für Männer um 6 Pfennig und für Frauen um 4 Pfennig pro Stunde. Starke Differenzen entstanden durch die Prämien- und Akkordarbeit in verschiedenen Betrieben. Einen klaren Einblick in die Lohnverhältnisse im Zahlstellengebiet gibt eine Tabelle auf Seite 18 und 19. Die Gegenüberstellung der Löhne von 1923 bis 1927 gibt vollkommenen Aufschluß über die erfolgreiche Tätigkeit des Verbandes im Zahlstellengebiet.

Zur besseren Orientierung möchten wir den Zahlstellen empfehlen, künftig jedem Jahresbericht ein Inhaltsverzeichnis beizufügen. Zur besseren Übersicht könnte es nur förderlich sein, wenn künftig verschiedene Dinge, z. B. die statistischen Tabellen, nach einem einheitlichen Plan in den Jahresberichten der Zahlstellen erscheinen würden. Dann müßte unbedingt jeder Bericht enthalten Angaben über die Wahl und die Tätigkeit der Betriebsräte, die Vertretung vor den Arbeitsgerichten, Unfälle, Berufserkrankungen, Gewerkschaftsmitgliedern, Krankenkassenwesen, die Jugend- und Bildungsfrage und ferner eine Betriebsstatistik. Es bleibt dann noch genügend freie Betätigung für den Verfasser der Berichte übrig, so daß die Berichte nicht nach einem starren Schema auszufüllen. Der Versuch der Zahlstelle Mannheim, über die geschichtliche Entwicklung des Verbandes genaue Angaben zu machen, sollte von anderen Zahlstellen bei Herausgabe von Jahresberichten ebenfalls befolgt werden. Die Zahlstellen mit angestellten Beamten können letzter Jahresberichte herausgeben. Es ist aber notwendig, daß auch die übrigen Zahlstellen kleinere Jahresberichte liefern. Das Hauptgewicht legen wir darauf, daß die Frage der jährlichen Berichtserstattung in den Zahlstellen etwas gründlicher als bisher behandelt wird. Wenn das eintreten sollte, haben diese Zeilen ihren Zweck erfüllt.

R. Bruder.

Zahlstellenleiterkonferenz des Gau 3.

Am 16. September 1928 fand in Berlin im Gewerkschaftshaus die Zahlstellenleiter- und Gaukonferenz des Gau 3 statt. Anwesend waren: vom Hauptvorstand der Kollege Niemann, vom Kreisamtsrat der Kollegen Gierbig, Meißner und Rabe, vom Gauvorsitzenden 3 Kollegen und aus 30 Zahlstellen 59 Delegierte.

Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Vortrag des Kollegen Ostrowitzki. 2. Bericht vom Gewerkschaftskongress. 3. Wahlen zum Verbandsrat und Gauarbeit. 4. Vorschlag eines Kandidaten zum Bezirksratswahl des WGB. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Konferenz wurde von dem Kollegen Kohl mit Worten der Begrüßung an die Delegierten eröffnet. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt, ebenso der Abstimmungsmodus, wonach 500 Mitglieder je eine Zusatzstimme gewährt wurde.

Der Vortrag des Kollegen Niemann über sein Arbeitsgebiet wurde mit Aufmerksamkeit angehört. Der Kollege Niemann erläuterte das Wesen und die Notwendigkeit der Statistik überhaupt, sprach dann den Rahmen seines Vortrages aber bedeutend weiter. Die Ausführungen des Kollegen Niemann wurden zu einer interessanten volkswirtschaftlichen und soziologischen Abhandlung. In der anschließenden Debatte kam die Notwendigkeit der Delegierten mit den Ausführungen des Kollegen Niemann zum Ausdruck, und es wurden noch verschiedene Wünsche geäußert, zu denen der Kollege Niemann in seinem Schlußwort Stellung nahm.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung nahm der Kollege Kohl das Wort. Der Referent erklärte, daß es ihm darauf ankomme, den Delegierten den Eindruck zu vermitteln, den er persönlich vom Kongress gehabt habe. Dabei konnte eine ausführliche Berichtserstattung nicht gegeben werden. Es mußte genügen, daß in großen Häufchen die Arbeiten des Gewerkschaftskongresses angezeigt wurden. Der Vortrag konzentrierte sich in der Hauptsache auf den 2. Punkt der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses: „Wirtschaftsdemokratie“.

Daß Wesen und Wirkung der Wirtschaftsdemokratie einen starken Resonanzboden in der heutigen Zeit findet, bewies die dem

Vortrag folgende Diskussion. Der Kollege Bulke (Dresden) empfahl den anwesenden Kollegen, das Protokoll des Gewerkschaftskongresses selbst zu studieren, da es eine Fundgrube der Belehrung in gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Dingen sei. Kollege Giesing (Wetzlar) führte die schweren Ausführungen, welche anlässlich der Jugendtagung in Hamburg vorkamen, und die seitens des Kollegen Kohl in seinem Vortrag scharf geäußert wurden, auf Überernsthaftigkeit der jungen Kommunisten zurück. Er behauptete, daß die Pressevertreter der KPD vom Kongress ausgelesen, die Vertreter der kapitalistischen Presse aber bleiben konnten. Er verlangt die gleiche Anerkennung und Behandlung aller Kollegen, unbeschadet ihrer politischen Überzeugung. Im Interesse des Fortschritts der Gewerkschaftsbewegung. Kollege Rabe von der Gruppe Grobkeramik erging sich ebenfalls in Erörterungen zu dem Thema „Wirtschaftsdemokratie“. Kollege Kersten (Kottbus) erklärte sich im großen und ganzen mit der vom Gewerkschaftskongress geleisteten Arbeit einverstanden.

Im Schlußwort ging der Kollege Kohl auf verschiedene Ausführungen der Diskussionsredner ein. Gegenüber den kommunistischen

Nationalisierung.

„Nationalisierung ist die Erfassung und Anwendung aller Mittel, die Technik und Organisation zur planmäßigen Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten. Ihr Ziel ist Steigerung des Volkswohlfandes durch Verbilligung, Vermehrung und Verbesserung der Güter.“

(Die Formulierung ist vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit.)

Kollegen betonte er, daß politische Meinungs- und politische Romantik zweierlei Begriffe seien. Für politische Meinungsfreiheit setzen wir uns ohne weiteres ein. Politisches Romantik behaupten wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Den kommunistischen Kollegen werden in der Organisation nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet, wenn sie zur Grundlage ihrer Arbeit und ihrer Tätigkeit in der Organisation des Verbandes machen, und wenn sie sich an die Beschlüsse und Entschlüsse der verantwortlichen Verbandsinstanzen halten. Glauben sie aber, den Parolen und Befehlen außenstehender, der Gesamtorganisation nicht verantwortlicher Kreise, in der Organisation zum Durchbruch verhelfen zu müssen, dann würden seitens der Organisation entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen.

Zum Verbandsrat wurden die Kollegen Rucker (Berlin) und Kerstan (Kottbus) als Vertreter und als Stellvertreter die Kollegen Samann (Brandenburg) und Brüll (Guben) gewählt.

In den Gauarbeit wurden gewählt die Kollegen Reimann (Berlin), Fleischer (Kottbus), Günther (Berlin), Krüger (Rauen), Barth (Sommerfeld), Brüll (Guben) und Wendt (Rudersdorf).

Für den Bezirksratswahl des WGB wurde Kollege Kerstan (Kottbus) vorgeschlagen.

Die nächste Zahlstellenleiterkonferenz soll in Kottbus stattfinden.

Die Konferenz war von einem guten Geist befeelt, und der Kollege Kohl konnte in seinem Schlußwort konstatieren, daß Kollegialität und Solidarität der Kollegen Richtschnur ihres Handelns war. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Organisation wurde die Konferenz geschlossen. Fritz Prinzke.

Nahrungsmittel-Industrie

Nationalisierung, Kapitalkonzentration und Arbeiterschaft in der Margarineindustrie.

Wohl kaum ein Industriezweig hat die technischen Errungenschaften der letzten Zeit so ausgenutzt wie die Margarineindustrie. Hierfür nur ein paar Zahlen. Im Jahre 1913 betrug die Margarineproduktion in Deutschland schätzungsweise rund 240 000 Tonnen. Die Zahl der Beschäftigten in der Margarineindustrie war ungefähr 8000. Nach dem Jahrbuch für die Margarineindustrie betrug die Produktion im Jahre 1922 rund 480 000 Tonnen, die Zahl der Beschäftigten war rund 15 500. Die heutige Margarineerzeugung dürfte rund 450 000 Tonnen jährlich sein und die Zahl der Beschäftigten beträgt gegenwärtig kaum 9000. Gehen wir von der Tatsache aus, daß 1913 noch fast überall der Jehannudentag bestand und daß heute in der Margarineindustrie fast reiflos der Achtstundentag durchgeführt wird, ja, daß in verschiedenen Betrieben noch des öfteren Kurzarbeit geleistet wird, so ist die Arbeitszeit heute

20 Prozent kürzer als 1913. Die Zahl der Beschäftigten aber ist lange nicht 20 Prozent höher. Da nun die Produktion annähernd doppelt so hoch ist als 1913, dazu die verkürzte Arbeitszeit, die durch erhöhte Arbeiterzahl nicht ausgeglichen ist, so ist die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im Reichsbereich heute über 100 Prozent höher als 1913. Besorgnis erregt die Entwicklung, so ist festzustellen, daß Produktion und Arbeiterzahl sich bis zum Jahre 1922 in der Steigerung ungefähr die Wage halten. Dann setzt die Nationalisierung ein: die Produktion bleibt annähernd auf gleicher Höhe, aber die Zahl der Beschäftigten nimmt rapide ab.

Selbstverständlich gibt es auch in der Margarineindustrie Betriebe, die sich dem technischen Fortschritt nicht voll angepaßt haben. Bei ihnen ist die Leistung geringer. In ganz modernen Betrieben beträgt die Leistungssteigerung gegen früher 200 Prozent. Es noch mehr. Einzelbeispiele anzuführen, davon wollen wir absehen. Aber nicht nur auf technischem Gebiet hat dieser Industriezweig rationalisiert, sondern auch auf organisatorischem Gebiet. Es bestehen hier zwei große Konzerne, die schon seit längerer Zeit über 1/2 der Produktion beherrschen. Sie beherrschen in erster Linie die Großbetriebe. Ihr Ziel ist, möglichst viel Betriebe unter ihre Kontrolle oder in ihren Besitz zu bringen, um so die Konkurrenz immer mehr auszuschalten. Da sie über einen einheitlichen Verkaufs- und Reklameapparat verfügen, sind sie den „freien Betrieben“ gegenüber bedeutend im Vorteil. Durch Herausgabe von einheitlichen Spitzenmarken, die von allen Konzernbetrieben hergestellt werden, wird Reklame und Absatz noch bedeutend erleichtert. Es werden die freien Betriebe immer mehr an die Wand gedrückt, bis sie „konzernreif“ sind und übernommen werden können, oder sie legen die Produktion still.

Die Konzerne sind aber keine rein deutschen Unternehmungen, sie arbeiten in erster Linie mit ausländischem Kapital. So verfügt z. B. der Jürgens-Konzern über ein Gesamtkapital von 121,62 Millionen Gulden, während die deutsche Jürgens A. G. in Hamburg, nur ein Aktienkapital von 14 Millionen Mark hat. In letzter Zeit haben sich die beiden Konzerne nun zu einer Interessengemeinschaft vereinigt, die zunächst auf dem Gebiete der Reklame und des Absatzes beruhen soll. In Wirklichkeit stellt man auch die Produktion bereits auf den gemeinsamen Absatz ein, so daß die Konzerne eigentlich nur noch nominell selbstständig sind. Wir haben es also in Deutschland auf dem Margarinemarkt mit einer Vereinigung zu tun, die über 1/2 der Produktion, also auch des Absatzes, beherrscht. Der Jürgens-Konzern mit einem Aktienkapital von 121,62 Millionen Gulden hat seinen Sitz in Holland, er hat außerdem mehrere Tochtergesellschaften. Der van-den-Berg-Konzern mit einem Aktienkapital von 3,58 Millionen Pfund hat seinen Sitz in England, er hat außerdem eine große Tochtergesellschaft in Rotterdam mit einem Kapital von 58,51 Millionen Gulden sowie einige kleine Nebengesellschaften. Die beiden Konzerne verfügen also über eine Riesenkapitalsumme. Geht die Entwicklung in Deutschland in der Margarineindustrie so weiter, dann dürfte es konzernfreie Fabriken von Bedeutung in einiger Zeit kaum noch geben.

Dazu kommt ein wichtiges Moment, die Rohstoffversorgung. Neben den größten Margarinefabriken gehören auch die größten Ölsäfabriken zu den Konzernen. Wenn nun in der Vorkriegszeit noch erhebliche Mengen tierischer Fette für die Margarineproduktion verwendet wurden, so ist durch den Krieg eine vollständige Umstellung erfolgt. Heute werden fast nur noch Pflanzenteile verwendet. Die tierischen Fette werden durch gehärtete Pflanzenfette ersetzt. Die aber werden nun in Deutschland ebenfalls vorwiegend in den Ölsäfabriken hergestellt, die den Konzernen angehören, so daß die Konzerne die freien Betriebe auch bei der Rohstoffbeschaffung bis zu einem bestimmten Grade in der Hand haben. Die noch bestehenden freien Ölsäfabriken arbeiten zum Teil für die Konzerne in Schlagschlagn. Es liegt also auch die Ölsäproduktion zum überwiegenden Teile in der Hand dieser Konzerne. Damit ist der Einfluß dieser Interessengemeinschaft noch nicht voll gekennzeichnet.

Die Ölsäaten, die wir in Deutschland zur Herstellung gebrauchen, werden fast reiflos vom Auslande eingeführt. Da Deutschland so gut wie gar keine Ölsäproduktion hat. Die beiden Konzerne freieren nun als Rohstoffkäufer ebenfalls auf dem Ölsämarkt geschlossen auf. Da sie ihre Betriebe nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern haben, so treten sie nicht nur für Deutschland, sondern auch für einen Teil des übrigen Europa als Sachkäufer auf, so daß ihr Einfluß bis in jene Gebiete hinüberreicht. In denen die Ölsäaten und Ölsäfrüchte erzeugt werden. Wir haben es hier also mit einer weit verzweigten, nach allen Seiten hin ausgebauten wirtschaftlichen Unternehmerrorganisation zu tun, die sowohl den Absatzmarkt in Deutschland zum überwiegenden Teile beherrscht, und die auch infolge ihres großen Rohstoffbedarfes einen großen Einfluß auf den Ölsämarkt hat.

Da die Konzerne über die größten Betriebe und über den größten Geldbeutel verfügen, sind die Konzernbetriebe technisch am besten ausgestattet. Die Nationalisierung erfolgte aber nicht nur auf technischem Gebiete, sondern auch durch „Umorganisation“ der Produktion und des Kapitals. Betriebe, die bislang frei waren, versucht man „konzernreif“ zu machen, indem man ihnen das Leben so schwer macht, daß sie entweder die Fabrik stilllegen, oder

Erfinderschicksal.

Von Siegfried Störzner (Dresden).

Wer von dem Weltkriege Schwand aus durch den Krüppelgrund der böhmischen Grenze wandert, kommt dabei auch durch das Schiffer- und Eisenbahnerdorf Krüppen. Hier erinnert an einem schlichten Hause eine Gedenktafel an einen erfindungsreichen Mann, der in einem Leben voll Armut und Entbehrung so recht die Wahrheit des Sprichwortes erfahren mußte, daß Ladaan der Welt Lohn sei.

Die Inschrift lautet:

In diesem Hause wohnte
Friedrich Gottlieb Keller,
der Erfinder des Holzschliffs,
vom 11. November 1857
bis zu seinem am 8. September 1895
erfolgten Tode.

Keller kamte aus der Gemarkung Hainichen in Sachsen, wo seine Eltern barmhertige Weberstube waren. Als Kind beschäftigte er sich besonders gern mit Wasser, und als dann die Frage der Vererbung an ihn herantrat, wäre er gar zu gern Mechaniker oder Tischler geworden. Doch die Not im elterlichen Hause gab das nicht zu, und so mußte der Junge den Beruf des Vaters ergreifen, um möglichst frühzeitig an verdienen zu helfen.

Zwei Dinge sollen es gewesen sein, die Keller auf seine Erfindung des Holzschliffes zum Zwecke der Papierherstellung gebracht haben: er erkrankte sich bei seinen geüblichen Versuchen, wie er als Junge Krüppen zu seinen geschäftlichen und wie er beobachtet hatte, wie die Weber aus mochen, feinen Holzspänen durch abschöpfendes Sägen eine Holzspanmasse bereiten und daraus die feinen, groben Schichten ihres so geschätzten Netzes herstellen. Schon beim Schneiden der Krüppelrinne hatte er bemerkt, daß die auf der Oberfläche nachgehobene schleimige Masse nach dem Erweichen die Form von dünnen Blättern annahm. Auf diesen Holzspanmassen ließen dann Kellers praktische Versuche, Holz zu schälen, die Feinmasse mit Wasser zu waschen, bis ein dicker Saft entstand, dessen Flüssigkeit dann durch ein Tuch abgeseigt wurde.

Die ersten Experimente liefen darauf hinaus, Holzschliffpapier mit 20 Prozent Zusatz von Lumpen herzustellen. 1874 — Keller war damals 23 Jahr alt — war die Erfindung so weit fortgeschritten, daß die Papierrollen ihre erste Verwendung finden konnten. Und zwar war es die Druckerei des Freudenberger Logenbundes, die den Rollen hat. Hiermit beherrschte vorangegangen zu sein. An Stelle des feinen, kann mehr zu erscheinenden Lumpenpapiers trat das viel billigere Holzschliffpapier.

Keller, ein stiller, bescheidener Mensch, ist sein Leben lang ein armer Tensel geblieben, der bis zu seinem Tode, in recht dürftigen Verhältnissen lebte. Seine Gesuche um Gewährung einer Staatsbeihilfe zum weiteren Ausbau seiner Erfindung wurden abschlägig beschieden. Die mit Hilfe einiger Freunde droben im Erzgebirge angekaufte Mühle wurde das Ziel einer Überschwemmung. Die Verbindung mit dem Direktor der Bamberger Papierfabriken, Heinrich Völter, war für Keller kein Vorteil, sondern brachte ihn um allen erhofften Gewinn. Als der mittellose Keller nicht instand war, das gemeinsam mit Völter erdachte Patent zu erneuern, bezahlte Völter allein die Kosten hierfür, und Keller mußte ihm nun seine Idee zur geschäftlichen Ausbeutung überlassen. Unzählige Papierfabriken haben mit der Erfindung des hainicher Webersohnes Reichtum erworben; werden doch jetzt in Deutschland jährlich über 2 Millionen Tonnen Papier und Pappe hergestellt.

Keller waren eine ganze Reihe von Erfindungen und Problemen durch den Kopf gegangen. Nur seine Armut hinderte ihn, seine Ideen weiter zu verfolgen und praktisch auszumerten. Ich darie in sein 1841 angelegtes „Ideenbüchlein“ blicken, das eine ganze Reihe von Problemen enthält, wie z. B. Gaszertzen aus Papier herzustellen, eine selbst Kraft erzeugende Maschine mittels Schwungkraft zu erfinden u. a. m.

Wer sich für diesen Mann interessiert, sei hier auf das hainicher Heimatsmuseum hingewiesen, das viel Kellereinnerungen birgt, wie auch die Dresdener Papierausstellung 1927 seiner gedachte.

Hoch über dem Dorfe Krüppen schaut vom Höherlande der Kellerfelsen zu Tale. Er wurde im Jahre 1893 von der Sektion Krüppen des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz zu einem Erinnerungsmal für den Erfinder ausgewählt und mit einer entsprechenden Inschrift versehen.

Kellers Grab findet sich auf dem Krüppener Friedhofe. Es trägt die Inschrift:

Hier ruhet Friedrich Gottl. Keller,
geb. am 27. Juni 1816 zu Hainichen,
gest. am 8. Sept. 1895 zu Krüppen.

Dem Erfinder des Holzschliffs
in dankbarer Anerkennung gewidmet
von den Mitgliebern
des Sächs. Verbandes Deutscher Holzschleifer
und des Vereins sächs. Papierfabrikanten.

Edler wäre es freilich gewesen, dem Erfinder einen sorglosen Lebensabend zu bereiten, als erst nach dem Tode seiner zu gedenken. In diesem Vorwort kann auch das Hinweisen in Gestalt einer kleinen goldgelben Note nicht ändern, die ihm die Papierfabrikanten einmal halbbödig überreichten . . .

Der erste schlesische Zuckerrafiner, der in Arbeiterwohlfahrt machte.

Von Theodor Müller (Breslau).

In Koberwitz im Kreise Breslau bestand eine der ältesten schlesischen Rübenzuckerfabriken, der Handelsgesellschaft J. Jac. vom Rath u. Co. gehörend. Da sich in dem abgelegenen Dorfe nicht ausreichend Wohngelegenheiten fanden, um die Arbeiterschaft eines Fabrikabstuflements zu herbergen, mußte die Firma bereits im Jahre 1851 mit dem Bau von Arbeiterwohnungen beginnen. Das erste errichtete Wohnhaus bot 14 Familien Unterkunft. Weitere sechs Familienwohnhäuser wurden in den Jahren 1870—73 erbaut. Sie hatten durchweg gleiche Bauart, gleiche Größe und gleiche Einrichtungen. Jedes Haus enthielt acht Wohnungen, bestehend aus einem ein- und einem zweifelhigen Zimmer. Da man es nicht für nötig erachtete, für Arbeiter Küchen zu bauen, schuf man für den Sommer für je zwei Familien auf dem Hausflur eine gemeinschaftliche Kochgelegenheit.

Koberwitz hat einen umfangreichen landwirtschaftlichen Betrieb, zu dessen Bearbeitung die Firma fast ausschließlich polnische Arbeiter heranzog. Auch für diese wurden zwei Wohngebäude erbaut mit zwölf größeren Sälen. So hatte Herr vom Rath industrielle und landwirtschaftliche Arbeitskräfte an die Schiffe gefesselt. Der Verlust der Arbeit hatte auch die Aufgabe der Wohngelegenheit zur Folge. Trotzdem genutzte die Firma den Ruf, den Arbeitern eine große Wohltat erwiesen zu haben.

Weiter ließ die Firma ein Baracken-Lager errichten, welches 24 bis 30 Betten aufnehmen konnte. Dieses war kein Krankenhaus im gebräuchlichen Sinne des Wortes, denn es wurde nur benutzt beim Eintritte von Epidemien, Cholera und Hungertypus waren in jener Zeit keine seltenen Erscheinungen, und diese Seuchen bekamen auch manchmal Reize zu packen. Bei der Vorliebe des Herrn vom Rath für billige Arbeitskräfte aus dem Osten versuchte er die eigene Haut zu sichern.

1873 gründete er eine Kleinkinder-Schule. Während die Eltern bei der Arbeit waren, konnten sie ihre drei- bis sechs-jährigen Kinder dorthin bringen. Zwei Jahre später schrieb die Firma an: „Diese wohlfällige Einrichtung hat indessen nur in der ersten Zeit wenige Monate lang durch den Reiz der Neuheit Anklang gefunden, und es ist der Besuch dieser Schule gegenwärtig ein so unregelmäßiger und geringer, daß dieselbe schon in nächster Zeit wird eingehen müssen.“ Sollte dies nicht etwa auch an der Schule gelegen haben? Vielleicht wählten die Arbeiterkinder ihre Kleinen auf der Dorfstraße oder unter der Aufsicht älterer Geschwister besser untergebracht als in diesem Heim.

Es waren kaum Teelöffel-Portionen, die dieser Zuckerrafiner für seine Arbeiter verordnete aus den Eimern, die er aus dem Meßmer der Arbeitsleistung derselben herausgepreßt hatte.

der Konzern übernimmt sie und baut sie aus, und wenn das nicht geht, legt sie der Konzern still. In den Betrieben, die bestehen, wird die Arbeit umorganisiert, d. h. die Arbeitskraft des einzelnen wird immer mehr angepaßt. In den Konzernbetrieben spricht die Arbeiterschaft schon seit längerer Zeit von einem Konzernsystem; damit soll das rasche Tempo, mit dem in diesen Betrieben gearbeitet wird, gekennzeichnet werden. Die Margarineindustrie kennt fast keine Akkordarbeit; die Arbeiterschaft in den Konzernbetrieben ist der Auffassung, daß hier keine Akkordarbeit mehr eingeführt werden braucht. Allgemein hört man die Klagen: Wir werden im Stundenlohn beschäftigt, müssen aber im Akkord arbeiten, weil die Maschine das Tempo unserer Arbeit bestimmt. Über auch dort, wo noch Handarbeit verrichtet wird, werden immer höhere Leistungen von dem Arbeiter gefordert. Das ist jedoch nur die eine Seite; die die Arbeiterschaft durch die Rationalisierung zu spüren bekommt. Die zweite Seite sieht so aus:

Die Margarineindustrie ist stark konzentriert. Greifen wir den Niederrhein heranz. In den Orten Kleve, Goch, Emmerich und Rees waren hier 1921/22 in acht Betrieben 4000 Margarinearbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt. Durch den Einfluß der Konzerne sind in Kleve zwei Betriebe, in Emmerich zwei Betriebe und in Rees ein Betrieb stillgelegt. In diesen Betrieben waren ansehnlich 800 Beschäftigte tätig. Ein Betrieb, in dem rund 500 Beschäftigte tätig waren, wurde von Kleve nach Harburg verlegt, wo er allerdings in viel kleinerem Umfang wieder aufgemacht wurde. Jetzt ist der Betrieb in Harburg auch stillgelegt. In den noch arbeitenden Betrieben ist die Belegschaft dazu bedeutend reduziert. Von den 1922 bestehenden acht Betrieben sind also sechs stillgelegt. In den zwei Betrieben, die noch arbeiten, werden heute nur 1900 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, so daß der Niederrhein heute rund 2500 Margarinearbeiter und -arbeiterinnen weniger beschäftigt als 1921/22. Der Abbau beträgt also weit über 50 Prozent. Ist es bei einer derartigen Zusammenballung der Produktion noch erforderlich, daß man nach besonderen Mitteln und Wegen sucht, wie die Arbeiterschaft bis zum äußersten ausgenutzt werden kann?

Die Orte Kleve, Goch und Emmerich sind nun in erster Linie auf die Öl- und Margarineindustrie angewiesen. Typisch dafür ist der kleine Grenzort Emmerich. Hier wurden 1922 in der Öl- und Margarineindustrie rund 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Margarineindustrie gibt es hier nicht mehr, die Ölindustrie beschäftigt heute rund 500 Arbeiter. Nun ist aber gerade Emmerich zum größten Teil auf diese beiden Industriezweige angewiesen. Neben etwas Hafenverkehr gibt es nennenswerte Fabriken außer diesen beiden Industriezweigen in Emmerich kaum. Die Stilllegung der letzten Margarinefabrik hat daher sehr starken Unwillen in der gesamten Bevölkerung hervorgerufen. Jetzt verkauft, daß auch die Werke Germania, deren Arbeiterschaft durch die Rationalisierung ebenfalls beinahe um die Hälfte reduziert ist, noch stillgelegt werden sollen. Welche Auswirkung das für diesen Ort haben würde, können sich Fernstehende kaum vorstellen.

Neben den bereits erwähnten Betrieben ist im Rheinland noch die Firma Wlenbrock, Krefeld, stillgelegt, wofür verläutet, daß auch die Margarinewerke in Krefeld stillgelegt werden sollen. Die Konzerne wollen also scheinbar die ganze Produktion des Rheinlandes, die früher in 10 Betrieben hergestellt wurde, in zwei Betrieben herstellen, und zwar in Goch und Kleve. Erfahrungsgemäß wird man dort neue Arbeitskräfte in großem Umfang nicht einstellen. Man wird versuchen, mit den vorhandenen Arbeitskräften unter erhöhter Ausnutzung derselben die Produktion zu erledigen. Bei all diesen Umstellungen gibt es einen Gewinnenden und einen Leidtragenden. Die Gewinnenden sind die Konzerne, die Leidtragenden die Arbeiter. Was anderen Gegenden Deutschlands kommt die Nachricht, daß der spanische Konzern weitere fünf Fabriken kleineren Umfangs übernommen hat. Die Produktion dieser Betriebe soll auf die alten Konzernfabriken verteilt und die übernommenen Betriebe stillgelegt werden. Und so geht es weiter.

Für die beteiligten Arbeiter taucht die Frage auf, ob es richtig ist, daß große kapitalistische Gesellschaften die Rationalisierung bis zum äußersten durchführen, um ihre Gewinnrate zu erhöhen, während die Arbeiter die allein Leidtragenden sind. Gegen den technischen Fortschritt ist nichts einzuwenden. Wogegen wir uns aber wenden müssen, ist die Rücksichtslosigkeit, mit der die Arbeiterschaft mittellos auf die Straße gestellt wird. Wenn schon der technische Fortschritt eine Zusammenballung der Produktion mit sich bringt, dann braucht doch nicht extra noch eine Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft erfolgen, die das menschenmögliche oft übersteigt. Die Konzerne legen ganze Betriebsabläufe still. Das dort festgelegte Kapital liegt tot da. All das müssen die arbeitenden Betriebe erhalten. Besteht da nicht auch die Verpflichtung, daß für die Opfer dieser kapitalistischen Wirtschaftsweise wenigstens für eine bestimmte Zeit genügend gesorgt wird, bis sie sich eine neue Existenzmöglichkeit gründen können.

Die vereinigten Konzerne wachsen zu einer, den Margarinemarkt fast voll beherrschenden Monopolmacht aus. Die Margarine ist ein wichtiges Nahrungsmittel. Von den Beherrschern der Produktionsmittel in diesem Industriezweig kann erwartet werden, daß man die Arbeiterschaft unter Bedingungen arbeiten läßt, daß ihnen die Arbeit nicht unerträglich wird. Es kann nicht gesagt werden, daß die Konzerne finanziell nicht in der Lage seien, für die Arbeiterschaft etwas zu tun. Der Geschäftsabfluß der Jürgens A.-G. in Hamburg weist für das Jahr 1927 bei einem Aktienkapital von 14 Millionen Mark einen Reingewinn von 1 506 672 Mk. auf. Die Stammaktien erhalten 10 Prozent, die Vorzugsaktien 6 Prozent Dividende. Dieser Gewinn ist aber nach Abzug der Steuern, Abschreibungen, Gratifikationen und vertragmäßigen Vergütungen erzielte. Wie hoch die Gratifikationen, Abschreibungen usw. sind und wer an diesen beteiligt ist, davon erfährt die Öffentlichkeit nichts.

Es ist aber eine längst bekannte Tatsache, daß die Aktiengesellschaften ihre vollen Gewinne der Öffentlichkeit vorenthalten. Man findet Mittel und Wege, um die Gewinne in die richtigen Kanäle zu leiten, ohne daß die Öffentlichkeit davon etwas erfährt. Dafür gibt es ja die schönen Begriffe: Gratifikationen, Vergütungen und dergl. Nur an die Arbeiter, die all die Gewinne durch ihre Arbeitskraft schaffen, denkt man nicht. Ob der Staat nicht alle Ursache hätte, dafür zu sorgen, daß die Erzeugung eines wichtigen Nahrungsmittels nicht vollständig von derartigen Konzernen beherrscht wird, ist eine Frage, auf die wir für dieses Mal nicht näher eingehen wollen. E. S.

Die Anfänge der schlesischen Zuckerindustrie.
Von Theodor Müller (Breslau).

Der Zucker, dieses wichtige Nahrungs- und Genussmittel der Menschen, wird in zwei Hauptarten, dem Zuckerrohr- und dem Rübenzucker, unterschieden. Im Gegensatz zu der vorklassischen Kultur des Zuckerrohrs, ist die Rübenzuckerbereitung ein Ergebnis neuerzeitlicher Bestrebungen. Letztere hatten ihren Anfang in Deutschland genommen, das auch jetzt noch in der Rübenzuckerindustrie unter allen Staaten an erster Stelle steht. Dem Chemiker Marggraf war es gelungen, in der Runkelrübe einen Gehalt von Zucker, ähnlich dem bekannten Rohrzucker, nachzuweisen. Diese im Jahre 1747 erfolgte Entdeckung erweckte übertriebene Hoffnungen wegen der Ergiebigkeit der Zuckerrüben. Es wurde sogar im Ernst behauptet, eine Quadratmeile mit Runkelrüben bepflanzt, sei ausreichend, alle preussischen Staaten mit Zucker zu versorgen. Die Sache wurde einem Ausschuss des Generaldirektoriums der Akademie der Wissenschaften zur Untersuchung übergeben, dessen Gutachten nach langen Beratungen und Versuchen dahin lautete, daß sich aus Runkelrüben in der Tat Zucker und sogar Branntwein produzieren lasse und mit der Zeit vielleicht in großen Quantitäten gewonnen werden könne. Doch sei es gegenwärtig ratsamer, sich des bisher gebräuchlichen Zuckers und Branntweins zu bedienen.

Der Direktor F. A. Schard, der Nachfolger von Marggraf in der Berliner Akademie der Wissenschaften, setzte diese Untersuchungen fort und bemühte sich, dieselben durch Versuche mit dem Anbau der Rüben und der Anlage einer Zuckerfabrik in Anneru-

Kreis Woblan, praktisch zu verwerten. Auch Graf Reichenbach in Jessel legte Plantagen an und beide gewannen bereits mit Vorteil Zucker und Sirup aus den Runkelrüben.

In Breslau entstand eine Zuckerfabrik, die auf dem Bürgerweber angelegt wurde. Im Jahre 1770 schlossen sich eine Anzahl dortiger Kaufleute zu einer Privatgesellschaft zusammen; sie gaben Aktien heraus und errichteten diese Raffinerie ohne Staatszuschüsse. Diese Gesellschaft durfte ihre Fabrikräte aber nur in der Provinz Schlesien absetzen. Sie hatte in der Spittgerberischen Steberei eine scharfe Konkurrenz, die das Recht besaß, in allen preussischen Provinzen diesseits der Weser zu verkaufen.

Schon im Jahre 1770, als die Zuckerraffinerie in Breslau entstand, kam auch bei der Hirschberger Kaufmannschaft der Plan in Vorschlag, eine solche in ihrer Stadt zu errichten. Man gab aber diesen Gedanken wieder auf, bis im Jahre 1787 das Monopol der Zuckerfabriken aufgehoben wurde. Die Kaufmannschaft bat nun den König um eine Konzession zur Anlage einer Zuckerraffinerie, und sie erhielt diese am 21. Oktober 1787 dahin, daß diese die einzige im schlesischen Gebirge sein und das Recht haben sollte, ihre Waren in und außerhalb des Landes abzusetzen. Gleichzeitig schenkte der König ein Magazin, das seit Jahren leer stand und von der Kammer erhalten werden mußte. Ebenso erhielt dieses Unternehmen den zum Bau nötigen Platz gratis. Der Plan wurde mit sochem Eifer betrieben, daß schon am 6. Januar des nächsten Jahres die Steberei feierlich eröffnet werden konnte. Auch dieser Betrieb war ein Aktienunternehmen. Dieses sowie das Breslauer Unternehmen erhielten sehr viel überseelischen Rohrzucker über Hamburg, Steffin und andere Hafensorte.

Die schlesische Zuckerindustrie beschäftigte in dem Geschäftsjahr 1789/90 insgesamt neunzig Arbeiter. Der Betrag der Fabrikation belief sich auf 600 000 Taler. Davon kamen aus dem Inland 550 591

und auf das Ausland 49 409 Taler. Für Zinsen, Material usw. waren 510 000 Taler verausgabt worden, so daß 90 000 Taler den Fabrikanten verblieben. Dies ergab für jeden Arbeiter einen Gewinn von 1000 Taler im Jahre. Die Fabrikation lohnte sich also für die - Fabrikanten!

Entscheide Dich!

Ein jeder muß des Lebens Bürde tragen,
Da heißt es Dulder oder Kämpfer sein.
So wisse: fleißig du dich in unsre Reih'n,
Wählst du den Kampf und mußt als Mann ihn wagen.

Dann endige dein kindisch eifeln Klagen.
Kein Gott kann dich von deiner Last befrei'n.
Vertrau dir selbst! Sieh für die andern ein,
Dann wird dir der Erlösung Stunde schlagen.
So wähl' denn Freiheit oder Schlawerei.
Tragst weiter du in Demut still dein Joch,
So klage nicht, daß es dir drückend sei.
Doch fühlst du dich als Mann, als freier noch,
So stell' als Bruder dich in unsre Reih'
Und glaub': Trotz alledem, wir siegen doch!

Adolf Stark.

Im Jahre 1800 waren 104 Arbeiter beschäftigt. Der Wert der Fabrikate betrug 821 206 Taler, der Zuzatzen 600 000 Taler, und die Wertvermehrung durch die Fabrikfähigkeit 221 206 Taler. Bei einem so lohnenden Geschäft war es erklärlich, daß der Wert der Aktien sehr schnell stieg. Eine Breslauer Aktie, die 1770 mit siebenhundert Taler ausgegeben war, galt dreißig Jahre später (1800) dreitausend Taler und mehr. Ausdrücklich muß nochmals hervorgehoben werden, daß man überseelischen Rohrzucker raffinierte und mit dem heimischen Rüben nebenbei Versuche unternahm.

Im Sommer 1800 belandete der amerikanische Gesandte in Berlin John Quincy Adams die Breslauer und die Hirschberger Fabrik. Über die erstere schrieb er: Die Zucker-Raffinerie ist eine große Anstalt und der Wert des raffinierten Zuckers beläuft sich jährlich auf verschiedene Millionen. Über seinen Hirschberger Besuch berichtete er: Die vorzüglichste Seltenheit, die man aus hier zeigte, war eine Probe von dem neuen, aus Runkelrüben (Turnips) produzierten Zucker, wovon man bisher nur wenige Säfte (saaves) angefertigt hatte. Sie waren, dem Ansehen nach, dem allerfeinsten aus dem Rohre bereiteten Zucker gleich, doch nicht so fest und so süß wie dieser. Der Direktor führte uns herum und er versicherte uns, es sei unmöglich, diesen Zucker unter dem doppelten Preise zu verkaufen, den der aus Westindien kommt. Ein Zentner Rüben gibt nicht mehr als vier Pfund feinen Zucker.

Nach Überwindung von vielen großen Schwierigkeiten nahmen diese ersten Versuche mit den deutschen Rüben einen günstigen Verlauf; doch die napoleonischen Kriege bereiteten diesen Unternehmungen ein Ende. Wogegen erstanden seit 1811 in Frankreich unter dem Schutze der Kontinentalperre alsbald mehrere Anlagen, die sich auch nach der Beseitigung der Sperre zu halten wußten. Selbst in Rußland entstanden damals schon Zuckerraffinerien, während in Deutschland und Österreich die Versuche erst wieder nach 1820 aufgenommen wurden. Die schlesischen Landwirte, die fast alle über guten Boden verfügen, verlegten sich immer mehr auf den Anbau der Runkelrübe für die Zuckerverarbeitung und der Kartoffel zur Branntweindarstellung. Immer neue Fabriken entstanden, und für das Jahr 1874 geben nachstehende Zahlen ein Bild der Entwicklung:

87 Betriebe: 7 272 männliche
2 846 weibliche
10 118 Arbeiter insgesamt

Die Zuckerindustrie hatte den Löwenanteil der Beschäftigten. Die Zuckerfabriken nahmen auch sonst unter den Fabriken der Landwirtschaft in Schlesien eine hervorragende Stelle ein. Die schlesische Rübenzuckerfabrikation machte nahezu den zehnten Teil der des Deutschen Reichs aus. Von den in Deutschland in der Kampagne 1873/74 verarbeiteten 70 509 191 Zentner Rüben kamen 7 022 264 Zentner auf Schlesien. Aber die gesamte Produktion in dieser Provinz für die Zeit vom 1. September 1873 bis zum 31. August 1874 brachte der Jahresbericht der Breslauer Handelskammer folgende Angaben:

Es bestanden 32 Fabriken ohne Diffusionsverfahren, mit 156 Dampfmaschinen, die 1659 Pferdekräfte hatten. Den Saft aus den zerkleinerten Rüben gewannen mittels des Pressverfahrens 20, der Mazeration 11, des Ausschleuderns 1.

In Fabriken mit Diffusionsverfahren bestanden 17, mit 103 Dampfmaschinen und 1165 Pferdekräften. Alle diese Fabriken gewannen den Saft durch andere Verfahren, als die oben genannten.

In allen Fabriken bestanden vollständige Arbeitsschichten während der Kampagne. Nach den für das Deutsche Reich angefertigten Ermittlungen waren zur Herstellung eines Zentners Rohrzucker mittlerer Qualität 12 2 Zentner Rüben erforderlich. Unter Zugrundelegung dieses Verhältnisses würde bei dem Rübenverbrauch mit einer Produktion von 575 595 Zentner Rohrzucker mittlerer Qualität gerechnet werden können. Die tägliche Arbeits-

zeit betrug für männliche und weibliche Arbeitskräfte im Jahresdurchschnitt 10 bis 11 Stunden. Die ermittelten Lohnsätze betragen:

Im Regierungsbezirk Oppeln:

Männliche Arbeiter wöchentlich	6 bis 9 Mark
Weibliche Arbeiter wöchentlich	4 bis 5 Mark
Jugendliche Arbeiter wöchentlich	4 bis 4,5 Mark

Im Regierungsbezirk Breslau:

Männliche Arbeiter wöchentlich	6-11 Mk
Weibliche Arbeiter wöchentlich	5 Mk.
Jugendliche Arbeiter zwischen 14 u. 18 Jahren wöchentlich	4-8 Mk.
Jugendliche Arbeiter zwischen 12 u. 14 Jahren wöchentlich	3 Mk.

Im Regierungsbezirk Posen:

Männliche Arbeiter wöchentlich	11-12 Mk.
Männliche Arbeiter wöchentlich	7-8 Mk.
Weibliche Arbeiter wöchentlich	3,6-6,2 Mk.
Knaben von 14 bis 16 Jahren wöchentlich	5 Mk.
Mädchen von 14 bis 16 Jahren wöchentlich	4 Mk.

Im Interesse der Frauen- und Kinderarbeit wurden im Jahre 1875 durch die Regierung Erhebungen angestellt. Diese ergaben, daß in den Rübenzuckerfabriken 7774 Personen beschäftigt waren: 5464 männliche und 2310 weibliche. Von den männlichen Arbeitskräften waren 6 im Alter von 12 bis 14 Jahren, 271 im Alter von 14 bis 18 Jahren und 5187 über 18 Jahre alt. Von den weiblichen Arbeitskräften befanden sich 2 im Alter von 12 bis 14 Jahren, 1348 im Alter von 14 bis 25 Jahren. Von den Arbeiterinnen, die über 25 Jahre alt waren, waren 250 ledig und 710 verheiratet.

Der Königl. Fabrikinspektor für Schlesien, F. L. F. hat für das Jahr 1875 Haushalts-Etats auf: von 235 Arbeitern, die an den verschiedenen Fabriken beschäftigt waren. Davon sei ein Etat eines Zuckerfabrikarbeiters in Ober-, Mittel- und Niederschlesien angegeben:

Schillersdorf, Kreis Ratibor (Oberschlesien): Mann, Frau und fünf Kinder. Jahresverdienst des Mannes 480 Mark. Ausgaben: für Nahrung 250, für Kleidung 150, für Wohnung 18, für Heizung und Beleuchtung 30, für Gerät 3, für Steuern 9, für persönliche Bedürfnisse 20 Mark.

Brieg (Mittelschlesien): Mann, Frau und ein Kind. Arbeitsverdienst des Mannes 365 Mark. Die Frau und der Sohn verdienen jährlich 304 Mark; insgesamt 669 Mark. Ausgaben: für Nahrung 354, für Kleidung 100, für Wohnung 90, für Beleuchtung und Heizung 64, für Gerät 18, für Kirche und Schule 1, für Steuern 6, für persönliche Bedürfnisse 38 Mark.

Ologau (Niederschlesien): Mann, Frau und drei Kinder, darunter ein Sohn über 14 Jahre. Jahresverdienst des Mannes 375, des Sohnes 312 Mark; insgesamt 687 Mark. Ausgaben der Familie: für Nahrung 392, für Kleidung 100, für Wohnung 90, für Beleuchtung und Heizung 70, für Kirche und Schule 10, für Gerät 3, für Steuern 6, für persönliche Bedürfnisse 16 Mark.

Nach den Ermittlungen des genannten Fabrikinspektors vermochten diese Familien keine Ersparnisse zu erzielen, sie machten aber auch keine Schulden. Wie letzteres möglich war, hat der Fabrikinspektor nicht verraten.

Dank den Fortschritten in der landwirtschaftlichen Betriebsweise und in der Technik der Rüben-Zuckerfabrikation, machte diese Industrie ganz außerordentliche Fortschritte. Hinzu kamen die Liebesgaben, die den Zuckerbrennereien durch die Zoll- und Steuererleichterung zufließen. Die Zuckerindustrie verlor immer mehr den Charakter eines landwirtschaftlichen Nebengewerbes, sie wurde ein für die Unternehmer lohnendes eigenes Großgewerbe.

Frauenfragen.

Errichtung einer Schule für Wohlfahrtspflegerinnen.

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt eröffnet am 16. Oktober 1928 eine Wohlfahrtschule, die den Namen Wohlfahrtschule des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt trägt. Die Leistungen der Schule entsprechen den staatlichen Anforderungen an die Ausbildung von Wohlfahrtspflegerinnen, der zweijährige Lehrgang wird mit einer Prüfung abgeschlossen, die Voraussetzung für die staatliche Anerkennung von Wohlfahrtspflegerinnen ist. Die Schule wird durch ein Kuratorium geleitet, das aus folgenden Mitgliedern besteht: Hedwig Wachenheim, Regierungsrat, M. d. L., als Vorsitzende des Kuratoriums, Marie Judacz, M. d. R., als Vorsitzende des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt, Käthe Buchrucker als Geschäftsführerin des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt, Luise Schroeder, M. d. R., Dorothea Hirschfeld, Ministerialrat, Dr. Walter Friedländer, Stadtrat, Alara Wehl, Stadträtin, Dr. Hans Maier, Ministerialrat, Minna Lodenhagen, Stadtoberordnete, Dr. Erna Magnus als hauptamtliche Lehrkraft der Schule.

Das erste Schuljahr wird von Oktober bis Mai dem theoretischen Unterricht und von Juni bis September der praktischen Arbeit gewidmet sein. Im zweiten Schuljahr wird die Zeit von Oktober bis Februar durch theoretische Arbeit, von Februar bis April durch praktische Arbeit und von Mai bis September wiederum mit theoretischer Arbeit ausgefüllt sein. Der theoretische Unterricht findet in den Nachmittagsstunden statt. Der Lehrplan umfaßt die Gebiete: Wirtschaftskunde: Regierungsrat Dr. Hilde Oppenheimer; Staatskunde: Regierungsrat Hedwig Wachenheim, M. d. L.; Rechtskunde: Stadtrat Dr. Walter Friedländer; Sozialpolitik: Luise Schroeder, M. d. R.; Wohlfahrtspflege: Ministerialrat Dorothea Hirschfeld; Jugendwohlfahrt: Stadtrat Dr. Walter Friedländer; Pädagogik: Dr. Siegfried Bernfeld; Pädagogik: Dr. E. Rennicke; Gesundheitspflege: Dr. Meyer-Brodnik; Arbeiterbewegung: Dr. Erna Magnus und Regierungsrat Hedwig Wachenheim, M. d. L.; Sozialpolitik: Toni Pfall, M. d. R.; Verwaltungskunde: Dr. Erna Magnus; Gymnastik: Uta Albrecht.

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt hatte bisher keinerlei Einfluß auf die Ausbildung junger Menschen, für den dem Proletariat so wichtigen Erlösungsbeitrag. Die Errichtung einer eigenen Wohlfahrtschule wird ihm diesen Einfluß geben und ihn gleichzeitig ermöglichen, die Schüler im Geiste der Arbeiterwohlfahrt heranzubilden. Die Wohlfahrtschule wird in besonderem Maße auf Schüler Rücksicht nehmen, die aus den arbeitenden Schichten stammen. Sie soll gleichzeitig eine Heimstätte für die Bildungsarbeit der gesamten Arbeiterwohlfahrt werden.

Das Heim der Schule wird gegenwärtig in Berlin SW 68, Lindenstraße 3, hergerichtet. Auskunft über Anmeldung, Zulassungsbedingungen, Unterbringung auswärtiger Schüler erteilt die Geschäftsstelle, vorkünftig Belle-Alliance-Platz 3.

Jugendbewegung.

Rundgebung für sozialistische Jugendzucht und Jugendklub.

Die bereits vor einiger Zeit angekündigte, vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege und der Sozialistischen Arbeiterjugend einberufene Jugendführer-Rundgebung ist nun endgültig auf Sonntag, den 14. Oktober, 10 Uhr vormittags, festgesetzt worden. Sie wird im Berliner Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung stattfinden:

1. Die Bedeutung der Jugendzucht für die sozialistische Arbeiterbewegung. Referent: Erich Okenhauer.
 2. Der Kampf um Jugendklub. Referent: Walter Raschke.
 3. Die Gestaltung der Freizeit der erwerbstätigen Jugend. Referent: Fritz Willburg.
- Die Einladungen zu dieser Rundgebung ergeben von den verschiedenen Organisationen.

Bewerkschaftliche Nachrichten.

Panzerkreuzer und Volkenscheid.

Auf verschiedene Anfragen aus Mitgliederkreisen im Reich, wie sie sich verhalten sollen während der Auflegung der Listen vom 3. bis 16. Oktober zum Zwecke der Eingelungung mit dem Ziel, den Bau von Panzerschiffen und Kreuzern durch Volksabstimmung zu verhindern, sei folgendes bemerkt: Die Aktion geht von der Kommunistischen Partei aus, jedoch nicht zu dem Zweck, Kriegsrüstungen zu verhindern. Das stand sogar schwarz auf weiß in der 'Roten Fahne', Nr. 216, vom 13. September 1928, geschrieben. Es hieß da:

Gewiß, kein Kommunist glaubt, durch den Volkenscheid den Panzerkreuzerbau verhindern zu können. Es geht tatsächlich um die Aufstellung der Massen gegen die Politik des deutschen Imperialismus und seiner Handlanger, der SPD.

Für die KPD. handelt es sich also demnach lediglich um eine Heße, wie man sie zur Genüge kennt. Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß die Sozialdemokratische Partei nach wie vor gegen Rüstungsausgaben ist. Sie hat im letzten Reichstag gegen die erste Rate von 9,5 Millionen für den Panzerkreuzer A gestimmt, und wird das gleiche wiedertun, wenn neue Anforderungen an das Reichsparlament kommen. In Russland dagegen steht der Militarismus vollblütig da.

Weil es sich also tatsächlich nicht um eine ernste politische Aktion handelt, wie die KPD. selbst zugibt, sondern lediglich um eine politische Heße ersten Ranges, deshalb können wir unseren Mitgliedern nicht empfehlen, die KPD.-Heße gegen die SPD., überhaupt die systematische Verheißung der KPD. unter der Arbeiterschaft, durch Eintragung in die Listen zu unterstützen.

Kommunistische Betriebsräte gegen die KPD.

Die kommunistischen Betriebsräte der Firma Bach in Nürnberg haben an die 4. Ortsgruppe der KPD. in Nürnberg folgenden Brief gerichtet:

Wir unterzeichneten Betriebsräte der Firma M. Bach erklären hiermit unseren Austritt aus der KPD. Der Kampf der Partei gegen die Gewerkschaften und ihre gesamten Funktionen kann von uns nicht mehr unterstützt werden. Wir betrachten die Gewerkschaften als die einzige Waffe der Arbeiterschaft im wirtschaftlichen Kampf um Besserstellung und endliche Befreiung. Der Kampf der KPD. wird nachgedrungen zu einer neuerlichen Zersplitterung der Gewerkschaften führen. Wir betrachten das als ein Verbrechen an der gesamten deutschen Arbeiterschaft und können diese Einstellung der Partei nicht mehr mitmachen.

Angriffe rein persönlicher Art und offene Unwahrheiten, wie sie in dem 'Roten Glasarbeiter', dem Flugblatt, das vor einigen Tagen in den Betrieben der Bergindustrie verteilt wurde, stehen, können die Zustimmung ehrlicher Arbeiter nicht finden. Wir fordern alle unsere Kollegen auf, nach wie vor frei zur Gewerkschaft zu halten und alle solchen Schmutzblätter in Zukunft zurückzuweisen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Münchberg. 30-jährige Gründungsfeier der Zahlstelle. Für Sonnabend, den 22. September, hatte die Zahlstellenleitung die Mitgliederversammlung zu einer feierlichen Feier eingeladen. 30 Jahre waren seit Gründung der Zahlstelle verstrichen. Aus diesem Anlaß und zur die länger als 25 Jahre der Gewerkschaft angehörigen Mitglieder zu ehren, hatte die Zahlstellenleitung den Ruf der Zahlstellenleitung zahlreich Folge geleistet. Der Gesangsverein 'Einigkeit' und die Doctorenschaft des 'Laternenvereins' trugen dazu bei, die Feier zu einem wirkungsvollen Fest zu gestalten. Der Kollege Schaner entbot den Jubilaren die herzlichsten Begrüßungen der Zahlstellenleitung und entrollte in kurzen Zügen den Werdegang der Zahlstelle. Mit 3500 Mitgliedern hat die Zahlstelle einen Mitgliederstand erreicht, der sogar die höchste Mitgliederzahl der Jahre 1922/23 übersteigt. Die Zahlen legen Zeugnis ab von einer stetigen Zusammenarbeit zwischen dem Zahlstellenrat und der Zahlstellenleitung. Besonders fand der Redner anerkennende Worte für die Treue der Jubilare, deren Zahl heute 81 beträgt. Mit einer Ermahnung an die Jugendlichen, sich die Treue der Jubilare als Vorbild dienen zu lassen und diesen nachzueifern, schloß der Redner seine Ausführungen. Als Vertreter des Vorstandes war der Kollege Köpfer (Hannover) erschienen, der, da er nebenamtlich und hauptsächlich den Werdegang der Zahlstelle als erster Vorsitzender und Geschäftsführer bis zum Jahre 1920 aus nächster Nähe beobachtet und selber vorwärts getrieben hat, besonders geeignet war, an diesem Ehrenfest die Festrede zu halten. Er überbrachte die besten Glückwünsche des Vorstandes an die Jubilare und an die Zahlstelle und ging auf die verschiedenen Vorgänge in der Zahlstellenzeit, Schwächen der Behörden und Kämpfe mit dem Landratsamt, näher ein. Mit langem Anteilnahme erleben die Jubilare noch einmal die alte Zeit, wo sie Sonntag für Sonntag, gemeinsam mit dem Festredner, zur Werbung neuer Mitglieder ausgingen. Der Redner verabschiedete es, in wirkungsvoller Weise diese Zeit, wo die Gewerkschaften von keiner Seite anerkannt und die Zahlstellenleitung der Verfolgung durch Behörden und Unternehmer ausgesetzt waren, darzustellen. Der starke Beifall, der den Ausführungen folgte, bewies, daß der Redner den richtigen Ton getroffen hatte. Von der Zahlstellenleitung wurde der Kollege Schaner der Größe der Zahlstellenleitung an die Jubilare und fand besonders anerkennende Worte für die Tätigkeit dieser Alten für die Organisation. Er wünschte unseren Jubilaren für die Folgezeit einen frohen Lebensabend. Hierauf erfolgte die Übergabe der Diplome an die einzelnen Jubilare durch den Kollegen Schaner. Von den Jubilaren gehörten fünf bis zum Jahre 1926 dem Verband der Eisenbahner an, einer dem Verband der Glasarbeiter an. Die Jubilare, die durch ihre Treue zur Organisation des Verbandes und in der heutigen Größe der Zahlstelle gelangt haben, sei auch an dieser Stelle nochmals besonders gedacht.

Chemnitz. Am Sonnabend, dem 15. September 1928, fand im 'Friedrichs' Chemnitz eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung in der Zahlstelle statt. Der Bericht vom Jahresbericht des Gesamtverbandes, der bis zur Berichterstatterung über die Zahlstellenzeit zurückgeführt war, wurde vom Kollegen Eger erstattet. Über den Verbandstag in Hamburg berichtete der Kollege Eger. In eingehender Weise wurde zu dem dort erzielten Ergebnis der Zahlstellenzeit Stellung genommen, die wichtigsten Beschlüsse des Verbandes gekennzeichnet. Entgegenüber wurde die Einführung der Invalidentät, was heißt die Invalidentät im Interesse unserer alten Kampfgenossen für notwendig. Der Bericht vom Gewerkschaftskongress in Hamburg erfaßte ebenfalls der Kollege Eger. Einleitend kennzeichnete er die kommunistischen Störungen des Reichsparlamentes, hieß es gar, daß die kommunistische Presse von der Berichterstatterung ausgeschlossen wurde. Über einzelne Punkte des Kongresses soll in be-

sonderen Vorträgen noch einmal zu den Mitgliedern gesprochen werden. Der Kollege Siegmund hofft, daß diese Beschlüsse sich auswirkend für die gesamte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft auswirken werde. Von fast allen Diskussionsrednern wurde die Haltung der Delegierten auf dem Verbandstag und dem Gewerkschaftskongress gebilligt. Lediglich einem kommunistischen Kollegen blieb es vorbehalten, die Arbeiten des Verbandstages und des Gewerkschaftskongresses in den Schmutz zu ziehen. Gerade dieser Kollege wagte das zu tun, obwohl er sich als ein nicht guter Gewerkschaftler bezeichnete. Die Versammlung blieb dann auch dem kommunistischen Kollegen die Antwort nicht schuldig. Stürmisch wurde von der Versammlung verlangt, daß derartig gemeine Ausdrücke gegen die Verbandsleitung zu unterbleiben hätten. Den Rassenbericht erstattete der Kollege Eger, er ließ erkennen, daß es finanziell und auch rein zahlenmäßig, soweit die Mitgliederbewegung in Betracht kommt, vorwärtsgegangen ist. Auf Antrag des Kollegen Höller wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Wahl der Generalversammlungsbelegierten erfolgte in dieser Versammlung erfreulicherweise einmütig. Wir hoffen, daß solche einmütigen Beschlüsse, die von Vorteil für die gesamte Mitgliedschaft sind, auch in Zukunft erfolgen mögen. In seinen Schlussworten widmete der Kollege Siegmund den nun bald von uns Scheidenden auswärtigen Mitglieder Kollegen Worte des Dankes für ihre Mitarbeit in der Organisation, für ihre Treue dem Verband gegenüber, wünscht, daß sie im Frühjahr zurückkehren, ihre Verbandsbücher in Ordnung halten. Mit einem Hoch auf den Verband und den Kommunisten Bund wurde die harmonisch verlaufene Versammlung beendet. Ernst Siegmund.

Entwicklung.

Die Arbeiterklasse . . . hat eine fit und fertigen Utopien durch Volksbeschlüsse einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unweiderrücklich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Karl Marx.

Höchst a. M. Die Glanzstoffwerke Kellnerbach haben in den letzten Jahren nicht nur einen technischen Aufbau durchgeführt, der die letzten Errungenschaften der Technik zur Anwendung brachte, sondern ein Produkt hergestellt, das nach sachmännlichem Urteil alles bis jetzt in diesem Genre Dagewesene in den Schatten stellt, sondern auch die Belegschaftsstärke des Werkes hat einen Stand erreicht, wie nie zuvor. Daß es dadurch für den Betriebsrat Arbeit in Fülle und Fülle gibt, braucht nicht besonders betont zu werden, wenn man berücksichtigt, daß von den 1800 Beschäftigten 1200 Frauen sind. Davon sind etwa 700 in der Zwirnerei, Happelei und Sortiererei im Altkorb oder im Prämiensystem beschäftigt. Nach den im Frühjahr stattgefundenen Lohnverhandlungen wurden zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterrat Altkorbfrage, ebenso Prämienfrage vereinbart, die eine Verdienstmöglichkeit für Frauen von 25 bis 40 Mk. zulassen. Dabei darf aber nicht verschwiegen werden, daß sich auch die Arbeitsleistungen der Frauen entsprechend gesteigert haben. Verhandlungen des Arbeiterrats mit der Betriebsleitung beschleunigten den Ausbau der Belegungsstellen sowie die Herstellung von Ausnahmestellen wesentlich, natürlich sind auch hier noch viele berechnete Wünsche der Arbeiterschaft unerfüllt. Qualitätszulagen für die Handarbeiter, ebenso auch für einen Teil der Qualitätsarbeiter wurden mit Erfolg durchgeführt. Diese Schwanken zwischen 3 bis 10 Pf. pro Stunde. Ebenso gelang es, die jugendlichen Arbeiter (Spulefahrer in der Zwirnerei) in eine höhere Lohngruppe einzustufen. Die Anwesenheit, die tatsächlich 8 Wochen beträgt bzw. zulässig ist, wurde durch Vereinbarung des Arbeiterrats mit der Direktion auf 4 Wochen herabgesetzt. Ebenso besteht die Möglichkeit, daß jugendliche Arbeiter, die gleiche Arbeit leisten wie über 20 Jahre alte Arbeiter, in der betreffenden Lohnklasse entlohnt werden. Entlassungsfreiheiten sind in sehr zahlreichen Fällen durch das Eingreifen des Arbeiterrats zugunsten der Betroffenen erledigt worden. Die heißen Jagdtag gab Veranlassung, bei der Direktion wegen Lieferung von Getränken vorstellig zu werden. Vereinbarung wurde, daß Kaffee, Tee und Jucker in ausreichendem Maße unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Auch in der Kleiderfrage wurden mehrfach Verhandlungen mit Erfolg gepflogen. Alle diese Fragen wurden in einer Reihe von Arbeiterrats-sitzungen unter Hinzuziehung des Organisationsvertreeters durchgesprochen und dann der Direktion unterbreitet. Auch um bessere Jugenderziehungen nach Mainz und Frankfurt hat sich der Arbeiterrat bemüht. Wenn man bedenkt, daß alle diese Arbeiten des Arbeiterrats durch den Vorsitzenden, Kollegen Scherer, der eigentlich nur für 4 Stunden am Tage freigestellt ist, geleistet wurden, so sollte man annehmen dürfen, daß dies die Belegschaft anerkennt. Aber weit gefehlt! Auch hier gibt es noch eine große Anzahl, die ständig über Arbeiterrat, Organisation räsonieren; hauptsächlich sind es aber die Frauen, die der Organisation fernstehen und für ihr Verhalten alle möglichen Ausflüchte brauchen. Dies gilt besonders für die Frauen. Während die Männer fast reiflos dem Verband der Fabrikarbeiter und somit der Metallarbeiterverband zugehörig sind, diesem angehören, sind von den Frauen nur etwa 200 für die Organisation gewonnen. Versuche, hier Änderungen zu schaffen, sind in ausreichendem Maße, aber leider mit wenig Erfolg unternommen worden. Trotzdem kann nicht bestritten werden, daß gerade die Frauen durch die Arbeit des Verbandes wesentliche Vorteile haben. Hoffentlich gelingt es auch hier, bald bessere Ergebnisse zu erzielen, denn in Zukunft wird die Frauenarbeit gerade in der Kunstgewerbeindustrie von ausschlaggebender Bedeutung werden. Im eigenen Interesse der Frauen liegt es daher, wenn sie sich wie ihre männlichen Mitarbeiter reiflos dem Verbande der Fabrikarbeiter anschließen. Nur dann ist es möglich, noch mehr als jeher ihre Interessen zu wahren.

Stoll. Eine Jubilarsfeier zu Ehren derjenigen Kollegen, die fünf- und zwanzig Jahre und länger auf ihre Verbandszugehörigkeit zurückblicken konnten, veranstaltete am Sonnabend, dem 15. September, unsere Zahlstelle. Die Arbeiterkameraden mit ihrem Dirigenten verabschiedeten die Feier mit ihren Darbietungen. Der Zahlstellenleiter Kollege Klank begrüßte zunächst die Jubilare sowie die übrigen Festteilnehmer. Der Vorkassierer Kollege Wiefenbühler (Steffin) begründete die Jubilare und schloß ab, wie es einst vor 25 Jahren in Stoll bestellt war, wie gedrückt die Arbeiterschaft, speziell die Kugelarbeiter damals hinkam. Lange Arbeitszeit, sehr geringer Lohn und menschenwürdige Behandlung durch das Unternehmertum. Die jungen Kollegen haben es heute schon leichter, weil die Wege geebnet sind und sich ein jeder nur an die große Markthölzer anschließen braucht. Als Jubilare wurden gefeiert die Kollegen Karl Halbach, Robert Rupp, Franz Schlotte, Gustav Schatz, Albert Oswald, Albert Wiedenhöf, Friedrich Waack, Paul Kinczewski und August Penke. Mögen sie noch recht lange für die Organisation wirken durch ihr gutes Beispiel der Treue und des proletarischen Pflichtbewusstseins!

Internationale Arbeiterbewegung.

Sassenbach Generalsekretär des IGB. Der allgemeine Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes wählte am 25. September Sassenbach ein-

stimmig zum Generalsekretär und beschloß, den Sitz der Gewerkschaftsinternationale bis zum nächsten Kongress in Amsterdam zu belassen, ohne damit eine Sitzverlegung nach diesem Zeitpunkt befürworten zu wollen. Der Sekretär der britischen Gewerkschaften, Citrine, wurde zunächst zum Mitglied der Exekutive und dann gemäß Antrag der letzten Vorstandssitzung zum Vorsitzenden gewählt. Macken (Schweden) schied aus der Exekutive aus. Statt seiner würde Jacoben (Dänemark) gewählt.

Verbandsnachrichten.

Abrechnung der Hauptkasse

1. Quartal 1928.

Einnahme:		M	S
An Kassenbestand 4. Quartal 1927		2 551 585	96
Beiträgen		4 080 799	80
Extrabeiträgen		44 208	70
Von den Zahlstellen mehr eingelaufen		4 989	55
Büchern und Broschüren		2 762	30
Kartothekarten		617	91
Protokollen		12	—
„Proletarier“		1 886	87
Bureaubedarf		615	50
Gewerkschaftszeitung		174	—
Einzelmitgliedern		98	67
Erhaltbüchern und Karten		349	98
Zurückgezählten Beiträgen		7 217	94
Aus dem Vermögensbestand		71 600	—
Zinsen		64 723	15
Ohne Abrechnung		4 000	—
Sonstigen Einnahmen in den Zahlstellen 13 282,— M			
in der Hauptkasse 14 249,80		27 531	80
Beiträgen an die Unfallkasse		8 193	19
Zuschüsse von den Zahlstellen zurückgerechnet		154 212	22
Summe		7 025 479	54

Ausgabe:		M	S
Der Erwerbslosen-Unterstützung:			
a) an Reisende		1 478	35
b) an Arbeitslose		677 436	59
c) an Kranke		767 906	72
Rechtschutz in den Zahlstellen	6 061,23 M		
aus der Hauptkasse	2 226,46	8 286	68
Mahregelung		4 618	70
Umsungelgeld in den Zahlstellen	11 524,85 M		
aus der Hauptkasse	85,—	11 609	65
Sterbegeld		78 246	13
Notlage-Unterstützung		4 549	90
Streik-Unterstützung		145 572	38
Anteil von den Beiträgen an die Zahlstellen		1 354 306	66
Marken und Stempel		1 633	60
Porto, Bankspesen, Postgeld, Telephon		5 986	82
Vorstandsleistungen		130	—
Revisionen der Hauptkasse und Zahlstellen		757	40
Beiträge zur Sozialversicherung		10 238	53
Gehälter		75 903	—
Papier und Druckkosten des „Proletariats“		51 792	95
Veranstaltungskosten des „Proletariats“		19 634	22
Druckkosten		18 170	—
Schreib- und Rechenmaschinen und Reparaturen		8 142	10
Verband und Padmaterial		1 159	70
Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar		5 728	64
Buchhändlerarbeiten		7 105	40
Kraftwagen und Kraftwagenbedarf		13 632	50
Bureaueinrichtung und Bureaubedarf		5 682	44
Bureaumiete, Heizung, Licht, Reinigung		8 537	40
Tarifverhandlungen		16 319	28
Konferenzen		8 978	10
An die Gewerkschaften		148 750	—
An den Keramischen Bund, einschließlich Zeitung		120 000	—
Zuschüsse an die Zahlstellen		153 698	65
Arbeiter-Wirtschaftsschulen		1 053	70
Schulheim Wernigsen		39 208	26
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Beiträge		11 107	60
Internationale Verpflichtungen		10 625	95
Sonstige Ausgaben		1 464	90
An die Verwaltungen verschiedener Zahlstellen		20 455	14
Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt		11 007	62
In den Zahlstellen zurückbehalten		4 432	73
An den Vermögensbestand		949 330	67
Kassenbestand 1. Quartal 1928		2 245 816	58
Summe		7 025 479	54

Herrnver, den 21. September 1928.
 Gez. August Brey, Vorsitzender. Revisoren:
 A. Köpfer, 1. Kassierer. Gez. A. Gremmel.
 A. Niemeyer, 2. Kassierer. R. Stolle.

Teilnehmer an den Arbeiter-Volkshochschulen.
 Gemäß unseren Vorschlägen haben der ADGB und die Schulleitungen folgende Kollegen zu den Arbeiter-Volkshochschulen zugelassen:

- Zur Arbeiterakademie Frankfurt a. Main:**
 Alfred Gundlach, Dortmund;
 Albert Drews, Königsberg;
 Richard Zimmermann, Freital i. Sachsen;
 Gustav Teuber, Kaufung.
- Zur Wirtschaftsschule Berlin:**
 Walter Richter, Seeben b. Halle;
 Hans Joch, Döding b. München;
 Richard Blum, Erdmannsdorf.

Angeschlossen
 wurde auf Grund des § 14 Abs. 3, 3. 3 und 5, das Mitglied Johann Schmidt in Büxow, Buch Nr. 839 261, eingetreten am 4. April 1927.

Literarisches.
 Die 'Gemeinwirtschaft', Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, Verlag Die Gemeinwirtschaft, Hermsdorf, Thüringen. Bezugspreis vierteljährlich 2,40 Mk. Die Nr. 8 erschien als Sonderheft 'Die Produktion'. Sie bringt eine gründliche Abhandlung über 'Die Produktion' in Hamburg, die die größte deutsche Konsumgenossenschaft ist, und viele andere Aufsätze aus der Genossenschaftsbewegung, aus Parlament und Presse, aus Sozialwirtschaft u. a. m.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Indanthrenfarben.

Die Freude an der Farbe ist dem ganzen Menschengeschlecht seit alters her eigen. Der Urmench verwendete die Farbe schon vor 50 000 Jahren bei Mammuthdarstellungen in südfrensischen Höhlen, der Fidschianer bemalt seinen ganzen Körper, und der moderne Mensch färbt seine Kleidung und braucht die Farbe in tausenderlei Gestalt, in der Kunst und im täglichen Leben. Früher nahm der Mensch, was ihm die Natur gütig darbot, seine Farben waren verschiedene Erden, Ocker, Kreide, Graphit. Das Pflanzenreich gab ihm den blauen Indigo- und den roten Krappfarbstoff, aus den getrockneten Körpern der mexikanischen Kocchenilleaus machte er das Karmin, der getrocknete Saft einer Schnecke war das herrliche Purpurrot und der Tintenbeutel des Tintenfisches lieferte die braune Sepia. Später lernte der Mensch selbst Mineralfarben herstellen, genannt seien nur Bismutweiß, Chromgelb, Mennige, Zinnober, Schweinfurter Grün und das Ultramarin. Die Auswahl war nunmehr schon ziemlich reichlich, da tief gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts die zufällige Entdeckung einer riesigen Farbstoff-Familie, der Teerfarbstoffe, eine Umwälzung der Färberei, ja der ganzen Weltwirtschaft hervor.

Bei der trockenen Destillation (Erhitzung unter Luftabschluß) von 100 Kilogramm Steinkohle erhält man neben Koks, Leuchtgas und Ammoniakverbindungen auch etwa 6 Kilogramm Steinkohlenteer, eine schwarzbraune, schmierige Flüssigkeit. Durch nochmalige Destillation des Teers, geeignete Reinigung und Umwandlung der erhaltenen Produkte wird Benzol, Toluol, Phenol, Naphthalin und Anthrazen gewonnen, die Ausgangsstoffe für die nachfolgenden zahlenden, verschiedensten Teerfarben. Das jüngste Reis an dem gewaltigen Baum der Teerfarbstoffe, die Indanthrene, sollen hier etwas näher besprochen werden.

Als letztes Destillationsprodukt des Steinkohlenteers erhält man bei etwa 300 bis 350 Grad Celsius das sogenannte Anthrazenöl, aus dem sich bald das Anthrazen in farblosen Kristallen abscheidet. Durch Oxydation (Verbindung mit Sauerstoff) mittels Chromsäure in Eisessig entsteht daraus das Anthrachinon, die Grundsubstanz für die bekannten Anilinfarben. Wenn man aber absolut Indanthrenfarbstoffe haben will, so behandelt man das Anthrachinon mit Salpetersäure und mit Zinkstaub, und erhält das Anthraquinon. Durch Schmelzen dieses Stoffes mit Kaliumhydroxyd stellt 1902 K. Bohn in der Badischen Anilin- und Sodafabrik den ersten Indanthrenfarbstoff, das Indanthrenblau, her. Im folgenden Jahr wurde das gelbe Flavanthren gefunden, und heute sind etwa 60 verschiedene Indanthrenfarbstoffe im Handel. Alle Abstrafungen sind darunter enthalten, nur ein leuchtend roter und grell grüner Farbstoff fehlt noch unter den Indanthrenen, doch wird die Lücke bald ausgefüllt sein.

Die Indanthrenfarben sind alle im Wasser unlöslich und die unmittelbare Herstellung einer Farbröhre zum Färben von Geweben ist daher unmöglich. Sie können aber durch verschiedene chemische Stoffe in wasserlösliche Verbindungen übergeführt werden, die nach dem Färben durch den Sauerstoff der Luft wieder in den ursprünglichen Indanthrenfarbstoff zurückverwandelt werden. Eine Farbröhre, in der nicht der eigentliche Farbstoff, sondern eine aus ihm durch Reduktion (Sauerstoffentzug) gebildete Verbindung gelöst ist, nennt man eine Röhre, die Indanthrene sind Röhrenfarbstoffe wie der Indigo. Zur Herstellung der Indanthrenröhren wird heute meist eine alkalische (laugenartige) Lösung von Natriumhydroxyd verwendet. Sie haben fast stets eine ganz andere Farbe als der ursprüngliche Farbstoff. Soll z. B. ein Gewebe mit Indanthren gelb gefärbt werden, so löst man den gelben Indanthrenfarbstoff, das bereits erwähnte Flavanthren, in alkalischer Hydroxylalkohollösung auf und erhält eine violettblaue Röhre, die natürlich das eingehängte Gewebe ebenfalls dunkelblau färbt. Hängt man es aber in der Luft zum Trocknen auf, so entstehen durch Sauerstoffaufnahme bald gelbe Flecke, die sich rasch ausbreiten, bis die blaue Färbung verschwunden und das Gewebe endgültig indanthrengelb gefärbt ist. Es muß nur noch von der anhaftenden Hydroxylalkohollösung durch Auspülen in Essigsäure und nachheriges Kochen in Seifenwasser befreit werden.

Die Bedeutung der Indanthrene und der Grund für ihren raschen Siegeszug liegt in ihrer außerordentlich hohen Wasch- und Lichtechtheit, sie sind die echtesten und besten Farben, die man kennt. Die Widerstandsfähigkeit eines Farbstoffes gegen Waschen und Kochen, gegen Licht, Seife, Schweiß und Säuren drückt man in der Farbstofftechnik durch 8 Echtheitsziffern aus, wobei 1 den geringsten, 8 den höchsten Echtheitsgrad darstellt. Während die meisten Farbstoffe nur die Note 3, höchstens 5 besitzen, führen die Indanthrenfarben fast durchweg den Echtheitsgrad 7 oder 8. Wenn sie trotzdem noch nicht überall verwendet werden, so hat das seine Gründe. Die alkalische Indanthrenröhre ist nur für Baumwolle, Leinen und Kunstseide brauchbar; Wolle und echte Seide werden durch sie stark angegriffen, zum Teil sogar aufgelöst. Auch hat es natürlich keinen Zweck, einen billigen Stoff von recht kurzer Lebensdauer mit den höchsten Indanthrenfarben zu färben. Der letzte und wichtigste Grund ist in dem höheren Preis gegenüber anderen Farbstoffen zu suchen.

Wie schon oben angedeutet, wurden die Indanthrenfarben in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen entdeckt. Nachdem sich diese Firma mit den Farbwerken in Höchst a. M., den Farbwerken vorm. Bayer u. Co. in Leverkusen und einigen anderen zur J.-G. Farbenindustrie A.-G.

zusammengeschlossen hat, werden sie wie fast alle Teerfarbstoffe nur von diesem größten deutschen Konzern hergestellt. Durch den Zusammenschluß wurde jede Konkurrenz ausgeschaltet und diese Monopolstellung trägt natürlich ebenfalls nicht zur Verbilligung der Indanthrenfarben bei. G. M.

Neue Kunstseideindustrie in Danzig.

In Danzig hat sich eine neue Aktiengesellschaft unter dem Namen "Borvick", Danzig-Polnische Kunstseiden A.-G., mit einem Gesamtkapital von 12 Millionen Gulden oder 97 1/2 Millionen Mark gebildet. Bei der Gründung wurde zunächst erst 1 Million Gulden eingezahlt, aber beschlossen, das Kapital auf 12 Millionen Gulden zu erhöhen.

Die Danziger Fabrik soll besonders die Kunstseide des Ostens mit Kunstseide versehen. Die Fabrikation soll mit einer Belegschaft von 1000 Arbeitern begonnen werden, und man rechnet mit der Fabrikationsaufnahme bereits im Januar 1929. Der erste Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus dem Präsidenten der Borvick-Gruppe, Herrn Borvickowski (Paris), Generaldirektor Professor Dr. Roe (Danzig), Senator Julius Jemelowski (Danzig), Fürst Swiatopolk Mirski (Warschau), Konsul Leo Neumann (Danzig) und Rechtsanwalt, und Senator Dr. Frankfurt in Berlin.

Im Anschluß an die Kunstseidefabrik sollen Textilunternehmungen in Danzig gegründet werden, die die Kunstseide für Damenstrümpfe, Trikots, Möbelstoffe und künstliche Pelzwaren weiterverarbeiten. Gründer dieser Textilfabriken sind bezeichnenderweise ehemalige Tabakindustrielle in London, die bei der Einführung des Danziger Tabakmonopols ihre Betriebe schließen mußten. G. Haupt.

Erfahrung macht klug.

Erfahrung ist die Überzeugung von einer Wahrheit, die uns erst durch das Leben zum Verständnis gekommen ist. Erfahrung führt eine Wahrheit aus dem Kopf in das Herz, aus dem Verstande in den Willen. Das Buch der Erfahrung ist mit Schweiß, Tränen und Blut geschrieben. Wir können freilich am leichtesten aus fremder Erfahrung klug werden, aber wir sind einmal von Natur zu ungelehrt und müssen die Probe erst an uns selber durchmachen.

J. Müllensteden.

Betriebsstörung in der Kunstseidenfabrik Dormagen bei Köln.

Zu einer teilweise Stilllegung der neu errichteten Kunstseidenfabrik der J.-G. Farbenindustrie in Dormagen ist es am 17. September gekommen. In der Nacht vom 15. zum 16. September wurden zwei Dampfessel infolge geringen Wasserstandes unbrauchbar für die Dampferzeugung. Das führte zur sofortigen Stilllegung eines Teiles der Kunstseidenfabrik. Mit den noch vorhandenen Kesseln ist es nicht möglich, die gesamte Fabrik mit Dampf zu versorgen, so daß beim Ausschleiden von zwei Kesseln es nur möglich ist, den Schwefelsäure- und Eisendampftrieb und einen Teil der Kunstseidenfabrik mit Dampf zu versorgen. Zur Sache selbst wurde uns folgendes mitgeteilt:

Am 11. Uhr bemerkten die Heizer, daß zu wenig Wasser vorhanden war. Der stellvertretende Oberheizer hatte pflichtgemäß alles untersucht und gefunden, daß das Ventil, das dem Wasser zum Abfließen führt, teilweise gedrosselt war. Der andere Heizer will es aber offen übergeben haben. Um 2 1/2 Uhr setzte plötzlich die Turbine aus und alle Maschinen ruhten nicht mehr, da bereits die Kesselrohre ausgebrannt waren. Es waren noch zwei Wasserheizer vorhanden, die aber nicht bedient wurden und die angeblich dem stellvertretenden Oberheizer nicht bekannt waren. Inwiefern die Betriebsleitung und der Meister vielleicht es unterlassen haben, den Oberheizer über alles zu orientieren, da er nur vertretungsweise die Anlage, beaufsichtigte, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Kesselrohre waren vollständig unbrauchbar geworden und müssen neu ersetzt werden. Die Reparaturen werden voraussichtlich drei bis vier Wochen in Anspruch nehmen und die Belegschaft in einer Stärke von 190 Personen ist für diese Zeit entlassen worden.

Mit dem Arbeiterrat sind die notwendigen Maßnahmen besprochen worden, und allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die am 17. September zur Arbeit kamen, ist der Tag voll bezahlt worden. Die Verbandsleitung und der Arbeiterrat haben bei der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung beantragt, daß die Erwerbslosenunterstützung nach § 110, Abs. 4 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung die Wartezeit zum Bezuge der Unterstützung auf drei Tage herabgesetzt wird. In einer Sitzung des Arbeiterrates vom 18. September ist der Direktor der Anlage unterbreitet worden, den entlassenen Arbeitern die Differenz des Lohnausfalls zwischen dem erzielten Wochenverdienst und der Arbeitslosenunterstützung bei ihrer Wiedereinstellung zu gewähren. Nach unserer Auffassung ist das ein durchaus berechtigtes Verlangen, und gelblich betrachtet ist die J.-G. Farbenindustrie dazu in der Lage. Die Firma hat selbst großes Interesse an geschulten Arbeitskräften. Seit einiger Zeit hat die Firma eine Schule errichtet zur planmäßigen Ausbildung geschulter Arbeitskräfte. Die Arbeiter werden dort vier Wochen lang unterrichtet und kommen dann in die einzelnen Betriebsabteilungen. Ein erheblicher Teil der jetzt Entlassenen hat diese Schule durchgemacht. Die Firma hat dafür Ausgaben gehabt und somit natürlich das große Interesse, diese ausgebildeten Arbeitskräfte auch in der Produktion dauernd verwenden zu können. In dem vorliegenden Falle handelt es sich darum, daß diese geschulten Arbeitskräfte für die einzelnen Betriebsabteilungen durch Annahme anderer Arbeit nicht für die Firma verloren gehen. Das würde leichter zu vermeiden sein, wenn für den Lohnausfall, den die Arbeiter durch die Stilllegung erleiden, die Direktion sich bereit erklärt, eine angemessene Entschädigung zu zahlen. Der Antrag des Arbeiterrates gibt der Firma Gelegenheit, sich der Arbeiterschaft erkenntlich zu zeigen. P. Herwig.

Ausdehnung der Kamerafabrikation bei der J.-G. Farbenindustrie.

Seit die Beteiligung an der Kamerafabrik A. S. Kiehlhel, G. u. S. in München aus Anlaß der Fusion von Bayer-Levaco aus der J.-G. Farbenindustrie, W. Agla, überging, hat die J.-G. Farbenindustrie das Geschäft in photographischen Apparaten unter Konzentration auf ganz wenige Typen stark forciert. In Anlehnung an den Vertrieb ihrer chemischen Produkte auf diesem Gebiet. Sie dürfte heute außer dem "Kamerakopf", der Feig-Kon-A.-G. weitans der größte Produzent in Deutschland sein, in Konkurrenz mit diesen und mit Kodak. Nun hat sie, wie wir erfahren, in München das Fabrikgebäude der Firma W. Sedelbauer, Fabrik für Feinmechanik und Elektrotechnik, erworben. Sie beabsichtigt, die Fabrik zu einem großen Bau für Massenfabrikation von Photographenapparaten, den sogenannten Billy-Apparaten, zu

erweitern. In dem Münchener Gebäude sollen rund 2 1/2 Millionen investiert werden. Das würde also wohl eine weitere wesentliche Ausdehnung der Kamera-Produktion mit sich bringen. (Frst. Stg.)

Papier-Industrie

Internationale Notizen.

Nach dem Bericht des Zentralausschusses der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie war in der Geschäftstages im Monat Juli eine gewisse Geschäftstillung eingetreten, die als saisonmäßige Erscheinung zu bewerten ist. Im Monat August hielt diese Geschäftstillung teilweise noch an, teilweise machte sich eine leichte Belebung bemerkbar. Die Betriebswasserverhältnisse brachten es sowohl im Monat Juli als auch im August mit sich, daß die Produktion an Holzschliff nachgelassen hat, wodurch die gesamte Erzeugung und die noch vorhandenen Vorräte glatten Abflusses litten. Im Bezirk der Handelskammer Düsseldorf mußten im Monat Juli einige Werke regelmäßige Feierschichten einlegen. Dagegen wird vom Berliner Packpapiermarkt berichtet, daß die Fabriken ihre Lieferzeiten von 14 Tagen bis auf 8 und 10 Wochen verlängern und bei Pergamentierlag und Pergamin loger Lieferzeiten bis zu 2 und 3 Monaten verlängert werden.

Aus der amtlichen Auswandererstatistik ergibt sich, daß im Jahre 1927 insgesamt 320 Angehörige der Papierindustrie und des Vertriebsgewerbes nach Übersee gegangen sind, und zwar 11 selbständige Gewerbetreibende und 251 Angestellte und Arbeiter mit 58 Familienangehörigen.

Im Juli wurden in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie zwei Kapitalerhöhungen im Betrage von 10 Millionen Mark vorgenommen. Davon entfallen auf die hannoverschen Papierfabriken Alfeld-Oronau 7,5 Millionen und auf die Simoniuschen Zellulosefabriken 2,5 Millionen Reichsmark. Kapitalherabsetzungen zum Zwecke der Sanierung wurden in den letzten drei Monaten nicht vorgenommen.

Im Jahre 1927 wurden 937 000 Tonnen Papier und Pappe in den deutschen Seehäfen umgeschlagen. Davon entfallen auf den Küstenverkehr 115 000 Tonnen. Der Versand nach außereuropäischen Häfen betrug 322 000 Tonnen. Die Ausfuhrmenge nach den europäischen Häfen betrug 283 000 Tonnen. Aus europäischen Häfen eingeführt wurden in Deutschland 235 000 Tonnen, außereuropäischen Häfen dagegen nur 2000 Tonnen. Am Gesamtverkehr Deutschlands war die Papier- und Pappen-Industrie mit 2,1 Prozent beteiligt.

Die Papiermaschinenfabrik J. M. Voith in Heidenheim hat nach Ostfrankreich eine Kartonmaschine von 31,50 Millimeter geschnittener Breite mit fünf Rundschneidern in Auftrag. Für eine andere Fabrik in der gleichen Gegend baut dieselbe Firma eine große Rundschneidkartonmaschine zu größerer Leistungsfähigkeit um. Für die Normandie hat sie eine Zeitungspapiermaschine von 5250 Millimeter für große Geschwindigkeit in Auftrag. Weiterhin richtet sie für eine Papierfabrik in der Bretagne eine Anlage zur Herstellung dünner Papiere ein, wozu eine Papiermaschine von 30,50 Millimeter geliefert wird. Für die gleiche Firma baut sie eine Holzschleiferei und hat die Erhebung der bestehenden Papiermaschine übernommen. Ferner hat sie den Auftrag, für eine Papierfabrik in den Vogesen eine vollständige Anlage mit einer Papiermaschine von 4 Meter Breite und selbsttätiger Aufführung zur Herstellung von einseitig glatten Packpapieren erbauen. Außerdem liefert sie nach den Vogesen eine Feinpapiermaschine von 2600 Millimeter Breite und nach dem Departement Meuse eine Feinpapiermaschine von 2400 Millimeter Breite. Aus diesen Papiermaschinen-Bestellungen ergibt sich, daß auch die französische Papiererzeugungs-Industrie bestrebt ist, ihre Produktion wesentlich zu erhöhen.

Die Ostdeutschen Papier- und Zellstoffwerke, A.-G., besitzen 75 bis 80 Prozent des 3,21 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Schlesienschen Zellulose- und Papierfabriken, A.-G., in Runnersdorf.

Die österreichische Papier-, Pappen- und Zellstoff-Industrie erhöhte ihre Erzeugung im ersten Halbjahr 1928 um 20 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1927 und um 10 Prozent gegenüber dem zweiten Halbjahr 1927.

Zwischen den österreichischen und tschechoslowakischen Papierherstellern einerseits, den schwedischen und norwegischen Fabrikanten andererseits schweben Verhandlungen über den Zeitungspapierabfluß in Jugoslawien, Ungarn und Bulgarien. Diese Verhandlungen sollen durch den starken Wettbewerb der norwegischen Zeitungspapierhersteller in den genannten Staaten verursacht worden sein. Angestrebt wird der Abschluß eines Länderschutzabkommens für die ost- und südeuropäischen Staaten.

Die Ausfuhr der schwedischen Papiererzeugungs-Industrie gestaltete sich folgendermaßen:

Zeitraum	Setzungs-papier	Papier und Pappe	Holzschliff	Zellulose	Zellulose
Januar-März					
in tausend Tonnen:					
1918	23,02	61,37	55,4	163,3	80,5
1924	56,27	75,80	42,4	165,1	42,4
1925	66,88	80,50	60,2	225,6	76,6
1926	71,03	92,39	45,9	224,8	91,0
1927	71,60	92,63	59,0	226,8	80,9
1928	49,91	63,22	44,2	124,3	56,6

Die Beschäftigung in der tschechoslowakischen Zellstoff-Industrie wird im ersten Halbjahr 1928 als gut bezeichnet. Während nur 15 bis 20 Prozent der Erzeugung im Inland Verwendung finden, gelangen 80 bis 85 Prozent zur Ausfuhr. Die Ausfuhrpreise werden als ansehnlich bezeichnet.

Die norwegische Papiererzeugung an Holzschliff und Zellstoff und deren Ausfuhr gestaltete sich folgendermaßen:

Monat	Erzeugung		Ausfuhr	
	1927	1928	1927	1928
in Tonnen:				
Januar	50 691	42 537	16 200	42 300
Februar	43 259	42 466	47 300	42 800
März	55 385	44 199	50 600	60 400
April	40 390	38 123	34 400	41 500

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Produktion von Januar bis April gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gelunken ist. In den ersten beiden Monaten lag auch die Ausfuhr hinter der gleichen Zeit des Vorjahres zurück, dagegen überstieg die Ausfuhr in den Monaten März und April die Ausfuhr der gleichen Monate des Jahres 1927.

In der norwegischen Papiererzeugungs-Industrie liefen die Tarifverträge mit dem 15. August ab. Während die Arbeiterorganisation eine Lohnerhöhung von 10 Prozent beantragte, forderte der Arbeitgeber einen Lohnabbau von 5 Prozent.

In der Holzschleiferei und Kartonfabrik Karhala O.-G. in Finnland stehen seit dem 19. April die Arbeiter im Aufstand. Von der Arbeiterchaft wird ein Mindestlohn von 6 Kronen pro Tag für Arbeiter und 3,75 Kronen für Arbeiterinnen gefordert.

Aus einer Untersuchung des Direktors des finnischen statistischen Amtes, Dr. M. Kovero, über das Verhältnis der Sägewerksindustrie zur Papierindustrie in Finnland, Schweden und Kanada ergeben sich folgende Zahlen:

Staaten:	Investiertes Kapital im Jahre 1926 in finnischer Mark:	Sägewerks-Industrie	Papiererzeugungs-Industrie
Finnland	2295 Millionen	1565 Millionen	
Schweden	3263 Millionen	5326 Millionen	
Kanada	4833 Millionen	8292 Millionen	

Die Lage der japanischen Papiererzeugungs-Industrie im ersten Halbjahr 1928, verglichen mit dem ersten Halbjahr der beiden Vorjahre, gestaltete sich folgendermaßen:

Monat	Januar—Juni 1928	1927	1926	Millionen engl. Pfund
Papiererzeugung	610	557	505	Millionen engl. Pfund
Papierverkäufe	630	551	488	Millionen engl. Pfund
Papierverkäufe	7,5	7,7	10,3	Millionen Yen
Papierausfuhr	13,6	9,8	10,1	Millionen Yen
Zellstoffeinfuhr	5,3	6,4	4,4	Millionen Yen

Die Zahl der portugiesischen Zeitungen stieg im Jahre 1927 um 122 auf 730, davon befinden sich 209 in der Hauptstadt Lissabon.

Die russischen Arbeitslöhne haben sich seit Mai d. J. um 2,3 Prozent erhöht. Der Durchschnittslohn der russischen Arbeiter beträgt 2,58 Rubel oder rund 5 Mark. Dagegen ist der Durchschnittslohn der russischen Buchdrucker nur um 1,5 Prozent gestiegen und beträgt pro Tag 3,71 Rubel oder 7,40 Mark.

Das Produktionsprogramm des russischen Volkswirtschaftsrats für das Jahr 1928 kann nur zu 90 Prozent erfüllt werden. Man hofft aber, daß durch die Aufstellung der neuen Papiermaschinen die Erzeugung um 30 000 Tonnen erhöht werden kann.

Noch den Angaben des rumänischen statistischen Amtes waren im Jahre 1927 150 Betriebe der Papierindustrie mit 9689 Arbeitern und Angestellten vorhanden. Erzeugt wurden 3600 Waggons Papier im Werte von 1 774 000 Papierel. Die Produktion hat demnach die des Jahres 1926 um 400 Waggons überschritten.

Die polnische Papiererzeugungs-Industrie beabsichtigt, durch Erzeugungserweiterung die Produktion holzartiger Papiere im Jahre 1928 um 35 000 Tonnen zu erhöhen. Diese Erhöhung übertrifft um 6000 Tonnen die im Jahre 1927 getätigte Einfuhr dieser Papierarten.

Die polnischen Papierholzpreise sind seit 1926 um 55 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Arbeitslöhne der polnischen Zellstoffarbeiter um 19,8 Prozent.

Die polnischen Papierholzpreise sind seit 1926 um 55 Prozent gestiegen.

Im gleichen Zeitraum stiegen die Arbeitslöhne der polnischen Zellstoffarbeiter um 19,8 Prozent.

Auf je 100 Gewerkschaftsmitglieder entfielen arbeitslose Papierarbeiter in:

Belgien	3,1 Prozent im Monat Februar 1928
Kanada	5 Prozent im Monat März 1928
Schweden	5,8 Prozent im Monat April 1928
England	4,3 Prozent im Monat Mai 1928
Deutschland	4,4 Prozent im Monat Juni 1928

G. Stübner.

Verschiedene Industrien

Buße für Tarifbrecher.

Im April d. J. hat der Fachanschuß der sächsischen Kunstblumenindustrie gegen die Firma Brückner in Polenitz bei Neustadt i. Sa. ein Zwangsverfahren wegen Nichterfüllung des Heimarbeiter-Tarifvertrages 1928 eingeleitet. In der Sitzung vom 16. April wurde beschlossen:

Der Firma wird aufgegeben:

1. für Käsegebände (lt. Muster) mit Etikett pro Gr. 4,80 Mk.
2. 1 Gros' Stiele 0,50 Mk.
3. Oger ungebanden 0,56 Mk.
4. Schnitt mit Etikettieren 5,84 Mk.
5. Lupe (lt. Muster) 0,63 Mk.

an ihre Heimarbeiterinnen zu bezahlen, und zwar rückwirkend bis zum 23. Februar 1928. Diese Rückzahlungen sind in den obigen Beträgen bis zum 1. Mai 1928 zu leisten.

Dem unterzeichneten Fachanschuß ist eine Liste derjenigen Heimarbeiterinnen einzureichen, an die die Rückzahlungen geleistet wurden. Die Beträge sind am besten von den Heimarbeiterinnen zu quittieren. Sollte die Firma bis zu dem genannten Tage die Rückzahlungen nicht geleistet haben, wird ihr hiermit eine Buße in fünfacher Höhe der nachzuzahlenden Beträge angedroht.

Die Firma Brückner aus Polenitz hat vorstehenden Beschluß des Fachanschlusses nicht erfüllt. Der Fachanschuß hat deshalb in seiner Sitzung vom 21. August d. J. für die Firma nach den Vorschriften des § 37 HGB. eine Buße festgesetzt. Der Beschluß zur Bußfestsetzung lautet wie folgt:

Gegen die Fa. Brückner, Fabrikation künstlicher Blumen und Stiele, in Polenitz bei Neustadt (Sa.), wird, weil aus dem Beschluß des Fachanschlusses vom 16. April 1928 hinsichtlich der 'Lupe' nicht nachgekommen ist, eine Buße von 1800 Mk. festgesetzt.

Es war höchste Zeit, daß der Fachanschuß der Kunstblumenindustrie in Sachsen einmal einen der Blumenfabrikanten mit einer Buße in vorgenannter Höhe belegt hat. Es sind schon sehr viele Beschlässe vom Fachanschuß der Kunstblumenindustrie gefaßt worden, wonach den Tarif nicht erfüllenden Fabrikanten Bußen angedroht wurden. Eine Bußfestsetzung — im Falle der Firma Brückner (Polenitz) zum ersten Male möglich. Wir gehen kaum fehl, wenn wir annehmen, daß den früheren Bußandrohungen nicht immer von seiten der betreffenden Fabrikanten Rechnung getragen wurde. Die Heimarbeiterinnen müssen in solchen Fällen den Jahrestellen Mitteilungs machen.

Kunstblumenindustrie, Außenhandel- und Handelskammer Dresden.

Die Monatsberichte der Handelskammer Dresden über den Geschäftsgang der künstlichen Blumen des Freistaats Sachsen geben zu bedenken, wenn dieselben mit dem monatlichen ausländischen Außenhandelsnachweisen über die Kunstblumenindustrie Deutschlands in Verbindung gebracht werden.

Die Monatsberichte der Handelskammer Dresden über den Geschäftsgang der künstlichen Blumen des Freistaats Sachsen geben zu bedenken, wenn dieselben mit dem monatlichen ausländischen Außenhandelsnachweisen über die Kunstblumenindustrie Deutschlands in Verbindung gebracht werden.

Der Handelskammerbericht über den Geschäftsgang in der Industrie künstlicher Blumen des Freistaats Sachsen für Januar d. J. ist wie folgt zusammengestellt:

Der Geschäftsgang war bei den Subblumenherstellern sehr wenig befriedigend; die Rundblumfabrik für das Frühjahr 1928 nur zögernd. — Für die Hersteller von Dekorations- und Kranzblumen ist der Monat Januar an sich einer der ruhigsten; in der zweiten Hälfte des Monats war jedoch der Eingang von Auftragsaufträgen, besonders für Kranzblumen, etwas lebhafter. (Beim Erscheinen dieser Ausgabe unserer Fachzeitschrift hat das Frühjahrsgeschäft in Modeblumen usw. leider noch immer nicht eingesetzt, so daß die Lage nachgerade katastrophal wird; denn wenn in Kürze sich wirklich noch ein deutliches und englisches Geschäft entwickeln sollte, so sind die Lieferzeiten und die gesamte Saison demnach kurz, daß eine nur einigermaßen befriedigende Entscheidung für die lange Geschäftsstille unmöglich mehr eröffnet werden kann.)

Im Bericht für Februar wird folgendes gesagt:

Der Abfluß von Blumen für Hut- und Kleiderputz befruchtet nicht. Die Rundblumfabrik war bei Erteilung von Aufträgen außerordentlich zurückhaltend. Gegen Ende des Monats trat eine leichte Besserung ein. Das Geschäft nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika und nach England war etwas lebhafter. In Dekorationsblumen und solchen für Grab schmuck war besonders der Auslandsbedarf günstig und die Beschäftigung daher zufriedenstellend. Die Außenhandelszahlen für Januar und Februar belaufen sich auf folgende: In der Kunstblumenindustrie (Hut und Dekoration) betrug die Einfuhr im Monat Januar und Februar 4,77 Doppelzentner im Werte von 41 000 Mk. und die Ausfuhr 949,05 Doppelzentner im Werte von 2 340 000 Mk. In derselben Zeitperiode 1927 wurden eingeführt: 2,78 Doppelzentner im Werte von 35 000 Mk. und ausgeführt wurden 582,88 Doppelzentner im Werte von 1 744 000 Mk. Während die Einfuhr 1928 in den Monaten Januar und Februar sich im Vergleich derselben Zeitperiode 1927 nicht wesentlich verändert hat, steht fest, daß die Ausfuhr sich um 366,19 Doppelzentner im Werte von 596 000 Mk. erhöht hat. Bei der Position Kunstblumen aus Papier usw. ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Dort wurden im Januar und Februar 2 207 Doppelzentner im Werte von 1 667 000 Mk. ausgeführt. Im Januar-Februar 1927 war die Ausfuhr 1476 Doppelzentner im Werte von 1 072 000 Mk. Die Mehrausfuhr 1928 im Vergleich zu 1927 der beiden besagten Monate beträgt 1031 Doppelzentner im Werte von 595 000 Mk. Die Einfuhr war gering und ist ohne jede Bedeutung.

Zum Handelskammerbericht über die Geschäftslage der Industrie künstlicher Blumen im März 1928 heißt es:

Der Abfluß von Modeblumen wurde in der ersten Hälfte des Berichtsmontats durch die kalte Witterung zurückgehalten, in der zweiten Hälfte war er jedoch lebhaft und die Beschäftigung günstig. Die Nachfrage nach Dekorations- und Kranzblumen war besser als im Vormonat. Die beteiligten Betriebe waren voll beschäftigt. — Zu bemerken ist dazu, daß es in Schweiß-Neustadt zur Zeit an brauchbaren Arbeitskräften mangelt und dies trotz Zugus aus dem benachbarten Böhmen.

Die Außenhandelsstatistik weist nach, daß im Monat März Kunstblumen (Hut und Dekoration) 1,4 Doppelzentner im Werte von 21 000 Mk. eingeführt und 509,44 Doppelzentner im Werte von 1 587 000 Mk. ausgeführt wurden. Im gleichen Monat 1927 wurden eingeführt 1,22 Doppelzentner im Werte von 13 000 Mk. und ausgeführt 279,92 Doppelzentner im Werte von 983 000 Mk. Also auch hier ist eine ganz enorme Erhöhung der Ausfuhr im Vergleich mit demselben Monat 1927 festzustellen. Der Handelskammerbericht dürfte deshalb hier anknüpfend stimmen. Das trifft auch zu für die Position Kunstblumen aus Papier usw. In solchen wurden im März 1927 721 Doppelzentner im Werte von 633 000 Mk. ausgeführt. 1928 im selben Monat betrug die Ausfuhr 1594 Doppelzentner im Werte von 961 000 Mk.

Für den Monat Dresden berichtet die Handelskammer Dresden:

Das Geschäft der Hersteller von Blumen für Hüte und Kleiderputz war wechselnd; der Abfluß richtete sich sehr nach dem Wetter: an schönen Tagen war die Nachfrage verhältnismäßig stark, beim Einsetzen schlechten Wetters übten die Käufer sofort große Zurückhaltung. Im allgemeinen entsprach das Geschäft nicht den Erwartungen. Die Beschäftigung der Dekorations- und Kranzblumenfabrikanten war angemessen.

Den Außenhandelsberichten für April d. J. ist folgendes zu entnehmen: Es wurden eingeführt: Kunstblumen (Hut und Dekoration) 0,94 Doppelzentner im Werte von 14 000 Mk. und ausgeführt: 335,15 Doppelzentner im Werte von 1 160 000 Mk. Im gleichen Monat 1927 wurden eingeführt: 0,96 Doppelzentner im Werte von 10 000 Mk. und ausgeführt 279,13 Doppelzentner im Werte von 1 004 000 Mk. Der Vergleich zwischen dem Monat April der Jahre 1928 und 1927 läßt erkennen, daß die Ausfuhr im Wert und Menge Erhöhungen aufzuweisen hat. Das trifft ebenfalls zu für die Position Kunstblumen aus Papier usw. Nach dieser Position wurden 1927 im April 711 Doppelzentner im Werte von 528 000 Mark und 1928 im April 1004 Doppelzentner im Werte von 674 000 Mk. ausgeführt.

Aber den Geschäftsgang der Industrie künstlicher Blumen im Handelskammerbezirk Dresden im Mai 1928 wird von der zuständigen Handelskammer berichtet:

Das Inlandsgeschäft in Modeblumen war infolge des schlechten Frühjahrswetters gering. Der Export zufriedenstellend. Dekorationsblumen gingen gut, Kranzblumen weniger.

Die Einfuhr von künstlichen Blumen betrug 1,32 Doppelzentner im Werte von 18 000 Mk., die Ausfuhr dagegen in diesem Monat 372,77 Doppelzentner im Werte von 1 233 000 Mk. und im selben Monat 1927 wurden ausgeführt 336,74 Doppelzentner im Werte von 1 163 000 Mk. Es ist demnach im Mai 1928 eine Erhöhung der Ausfuhr im Vergleich zu demselben Monat 1927 festzustellen. Kunstblumen aus Papier usw. wurden im Mai d. J. 640 Doppelzentner im Werte von 471 000 Mk. ausgeführt. Im selben Monat 1927 1003 Doppelzentner im Werte von 731 000 Mk. Bei dieser Position ist also die Ausfuhr des Monats Mai 1928 hinter der Ausfuhr desselben Monats 1927 zurückgeblieben. Die Einfuhr ist unwesentlich.

Über die Geschäftslage in der Industrie künstlicher Blumen im Juni berichtet die Handelskammer Dresden:

Das schlechte Wetter und das Ende der Sommergeschäftszeit wirkte ungünstig auf den deutschen Abfluß von Modeblumen. Der Eingang von Auslandsaufträgen war dagegen befriedigend. Den Herstellern von Dekorationsblumen floßen ebenfalls beträchtliche Aufträge des Auslandes zu. Auch in Kranzblumen war die Beschäftigung gut.

Nach den Außenhandelsnachweisen wurden eingeführt an künstlichen Blumen (Hut und Dekoration): 1,63 Doppelzentner im Werte von 16 000 Mk. und ausgeführt 324,41 Doppelzentner im Werte von 739 000 Mk. Die Einfuhr hat sich wenig geändert. Aus diesem Bericht ist zu entnehmen, daß auch der Monat Juni eine Erhöhung der Kunstblumenproduktion herbeigeführt hat. Kunstblumen aus Papier wurden nach der Außenhandelsstatistik eingeführt: 2 Doppelzentner im Werte von 1000 Mk. und ausgeführt 890 Doppelzentner im Werte von 647 000 Mk. Im selben Monat 1927 wurden ausgeführt 672 Doppelzentner im Werte von 523 000 Mark. Also eine enorme Erhöhung im Vergleich zum vorhergehenden Jahre. Die Einfuhr blieb gleich.

Betrachtet man die ersten sechs Monate des Jahres 1928 im Vergleich mit derselben Zeitperiode 1927, dann ergibt sich, daß sich die Einfuhr von Kunstblumen (Hut und Dekoration) um 3,36 Doppelzentner im Werte von 37 000 Mk. erhöht hat, die Ausfuhr um 633,40 Doppelzentner im Werte von 1 725 000 Mk. Die Einfuhr von Kunstblumen aus Papier usw. hat sich um 32 Doppelzentner im Werte von 45 000 Mk. und die Ausfuhr um 2578 Doppelzentner im Werte von 1 555 000 Mk. erhöht.

Auf Grund vorstehender Feststellungen erscheinen die Berichte über die Geschäftslage in der Industrie künstlicher Blumen der Handelskammer Dresden recht bedenklich. Man kommt in Ver- zungung, dieselben nicht als 'ernsthaft gemeint' hinzunehmen.

H. Eißlein.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Betriebslohnabkommen auf der Glasstoff-Courantfabrik, Albin-Merheim. (Abteilung Wäscherei.)

Die besondere Art der Arbeit in der Kunstseidenindustrie erfordert für die einzelnen Betriebsabteilungen besondere Zuschläge. Im Rahmenvertrag für die chemische Industrie § 7, Abs. 2 heißt es:

An Stelle der Zuschläge können feste Lohnsätze vereinbart werden.

Die im Kölner Rahmenvertrag festgesetzten Zuschläge betragen 1 bis 2 Pf. pro Stunde. In vielen Fällen ist mit solchen niedrigen Sätzen die Arbeit zu gering bewertet. In ganz besonderem Maße trifft das für die Kunstseidenindustrie zu, besonders in der Spinnerei, Wäscherei und im Diskobetrieb, wo die hohe Verantwortung des Angestellten, seine Geschicklichkeit und daneben auch die Gesundheitsgefahren noch besonders bewertet werden müßten. — Der im Rahmenvertrag erwähnte § 7, Abs. 2, gibt den Gewerkschaften die Möglichkeit, wo die Akkordarbeit ausschaltet, die besonderen Betriebsverhältnisse in einem Betriebsabkommen zu erfassen.

Bei den letzten Lohnverhandlungen hatten wir für die Arbeiter der Kunstseidenindustrie ein besonderes Lohnabkommen gefordert, ähnlich dem, das für die Gummiindustrie besteht. Der Arbeitgeberverband lehnte diese Forderung ab und war bereit, auf dem Wege der Betriebsabkommen durch Leistungszulagen den besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Früher wurden in der Spinnerei und Wäscherei Prämien gewährt, die aber nicht alle Arbeiter erhielten. Hinzu kam, daß diese Prämien nach dem Ermessen der Firma wegen geringer Fabrikationsvergehen abgezogen werden konnten. Es kam vor, daß sich später Fehler bei der Seide herausstellten und sofort wurde den Arbeitern die Prämie zeitweise gekürzt, in schwierigeren Fällen vollständig entzogen. Das ist nun anders geworden. Die vereinbarten Leistungszulagen gelten als unabziehbar und werden jetzt ohne jede Kürzung zur Auszahlung gebracht.

Außer der Spinnerei, über die wir bereits berichtet haben, ist es nun gelungen, auch für die Wäscherei ein Betriebsabkommen abzuschließen. Es wurde vereinbart:

Für jeden im Mittel von einer Waschmaschine abgekletterten voll bedakenen Spannwagen erhalten die in obigen Abteilungen beschäftigten Frauen einen Leistungszuschlag von 1 Pf. und die Männer einen Leistungszuschlag von 1,5 Pf. (Die Gesamtzahl der abgekletterten Spannwagen wird durch die Anzahl der laufenden Waschmaschinen dividiert — und ergibt somit den Faktor.)

Ausgenommen hiervon sind Transport- und Reinigungsleute. Dieser Leistungszuschlag wird gezahlt an: Kontrollleurinnen, Einhängerrinnen, Wagenschreiber, Ablader, Wagenfahrer, Maschinenbediener, Abnehmer, Spanner, Stängengehülfe.

Die Kontrollleurinnen und Wagenfahrer erhalten auf diesen Leistungszuschlag außerdem einen Verantwortungszuschlag von 25 Prozent.

Wäscherei und Strangtränkung. Für je 30 aus einer Waschmaschine geförderte Stangen wird für Frauen ein Leistungszuschlag von 1 Pf. und für Männer ein Leistungszuschlag von 1,5 Pf. gezahlt.

Ausgenommen hiervon sind Transport- und Reinigungsleute. Dieser Leistungszuschlag wird gezahlt an: Einhängerrinnen, Packer, Maschinenbediener, Abnehmer, Zentrifugenleute.

Der Maschinenbediener erhält außerdem auf diesen Leistungszuschlag einen Verantwortungszuschlag von 25 Prozent.

Folgende Leute: Wassermann, Löser, Ofenmann erhalten den höchsten Leistungszuschlag der Abnehmer.

Der Ofenmann erhält außerdem auf diesen Leistungszuschlag einen Verantwortungszuschlag von 25 Prozent.

Der Badmann erhält für jedes richtig gehaltene Bad einen Verantwortungszuschlag von 20 Pf.

Ausschläger erhalten für jede Partie = 10 Pakete einen Leistungszuschlag von 2 Pf.

Dockendreher erhalten für 3 Partien = 30 Pakete einen Leistungszuschlag von 2 Pf.

Die Dockenfahrer erhalten den mittleren Leistungszuschlag der Dockendreher.

Diese Lohnvereinbarung tritt mit dem 3. September 1928 in Kraft.

Die Lohnzulagen für die männlichen Arbeiter betragen 6 bis 10 Pf. pro Stunde, für die Arbeiterinnen 4 bis 7 Pf. pro Stunde. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft daraus die Nutzenwendung, daß es im Rahmen des chemischen Tarifes möglich war, Verbesserungen durchzusetzen.

P. Hertwig.

Literarisches.

Die Angestelltenbewegung 1925 bis 1928. Bericht des Vorstandes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zum 3. Afa-Gewerkschaftskongress in Hamburg. 304 Seiten im Din-Format auf holzfreiem Papier mit vielen graphischen Darstellungen und statistischen Aufzeichnungen. Ladenpreis broschiert 14 Mk., in Leinen geb. 15 Mk. Für Mitglieder der freien Gewerkschaften Preisermäßigung. Der Geschäftsbericht ist mehr als sein Name andeutet. Das vorliegende Werk gibt einen umfassenden Überblick über die Angestelltenbewegung der letzten drei Jahre und kann mit Recht als ein Geschichts- und Handbuch bezeichnet werden. Ein Studium der einzelnen Abschnitte über Strukturveränderungen der Wirtschaft, den Konjunkturverlauf 1925/28 und die Lage der Angestellten, über die Gegenwartsfragen deutscher Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsverfassung gewähren einen Einblick in das komplizierte Gebäude der Wirtschaft und lassen klar und deutlich die Stellung der freien Gewerkschaften zu den einzelnen Fragen erkennen. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Demog (Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter), der Verband sozialer Baubetriebe und die Europa kommen zu Wort und schildern ihren Aufstieg und ihren Aufgabenkreis in der Gewerkschaftsbewegung. In dem Abschnitt Sozialpolitik und Gewerkschaftswesen werden Arbeitsnachweismethoden und Arbeitslosen-schutz, Arbeitsrecht und Arbeitsbeschaffung, Sozialversicherung, Tarif- und Gehaltspolitik eingehend behandelt. Daß der Afa-Bund dem Bildungswesen besondere Aufmerksamkeit widmet, zeigt das Kapitel über die Bildungs- und Schulungsarbeit. Wichtige statistische Unterlagen über Arbeitslosigkeit, Durchschnittsgehälter, Tarifbewegungen und Familienlohn- und Haushaltungsverhältnisse bietet der letzte Abschnitt des Berichtes. Die schlichte, sachliche und gediegene Ausstattung bildet einen geeigneten Rahmen für den Inhalt des Buches.

Das Heft 17 der 'Wohnungs-Wirtschaft' des Zentralorgans der Demog, Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Berlin S. 14, Inselstraße 6, erschien als Sonderheft zum Hamburger Gewerkschaftskongress. Es ist überaus gut ausgestattet und enthält neben 22 wirkungsvollen Abbildungen außerordentlich interessante Beiträge. Aus dem Leitartikel von R. Lincke sei nur eine Tatsache wiedergegeben: In den fünf Jahren ihres Bestehens konnte die Demog am näheren 10 000 Wohnungen bauen. Ebenso reichhaltig ist das Heft 18, das zum Verbandslog der Demog-Revisionvereinigungen in Dresden erschienen ist. Es enthält ebenfalls viele eindrucksvolle Abbildungen und beachtenswerte Aufsätze von Autoren, die im gemeinnützigen Wohnungsbauwesen einen guten Namen haben. Trotz dieses reichen Inhalts beträgt der Bezugspreis der 'Wohnungs-Wirtschaft' nur 1,50 Mk. vierteljährlich; so daß jedem sozialpolitisch interessierten Arbeiter und Angestellten nur zu empfehlen ist, diese Zeitschrift durch die Post oder direkt durch die Geschäftsstelle, Berlin S. 14, Inselstraße 6, zu beziehen.